

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16
Wusterauener Str. 15/16 (Redakt. E. Diermer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 2746/47

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.
mit wöchentl. Beilage, die Sanitätswoche 6 Mk.

Deutscher Staatsblick auf das Jahr 1919.

I. Allgemeines.

Sind wir „schon“ im Friedensjahr oder ist noch Kriegszeit? Wer vermöchte wohl mit gutem Gewissen sagen, wir haben ein Friedensjahr hinter uns! Noch immer fehlt auch die äußerliche Anerkennung des Friedenszustandes durch „Nati-fizierung“, wie das schenklische Wort lautet. Von der innerlichen Verwirklichung eines Friedenszustandes ist schon gar nicht zu reden. Ob wir dabei an die Hunderttausende von Kriegsgefangenen denken, die noch immer vergeblich auf Erlösung hoffen, oder ob wir an das fürchterliche Massensterben in Deutschösterreich (Wien) denken oder auch an das entsetzliche Elend, das in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft herrscht: der Kampf ums Dasein weist heute so gewaltige Dimensionen auf, daß die Vorkriegszeiten kaum noch zum Vergleich dienen können.

Gewiß, es war ein „tolles“ Jahr, 1919! Im Januar glaubte „Spartakus“ durch den Bürgerkrieg die wirtschaftliche Entwicklung gewaltsam voranzutreiben zu können. Daran konnte kein besonnenener Sozialist „aller Schule“ glauben, und als nun die Gewalt auf dieser Seite naturgemäß die Gewalt auf der anderen Seite auslöste, da wurde der Miß, der schon vordem in der deutschen politisch organisierten Arbeiterschaft flüßte, zur unüberbrückbaren Kluft erweitert, wie es gegenwärtig meistens den Anschein hat.

Man mag den revolutionären Willen noch so hoch einschätzen und für die beklagenswerten Opfer Liebknecht, Rosa Luxemburg und Eisner starke Sympathie empfinden (weil sie sicher aus edelsten Motiven handelten und ein schmäbliches unverdientes Ende fanden), man wird als Anhänger des historischen Materialismus doch klar erkennen: die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Revolution im Sinne der Kommunisten sind — leider! — weder für Deutschland noch gar für England, Frankreich oder Amerika zurzeit gegeben.

Ja, wenn wir die Dinge recht verstehen, so hat der ent-

setzliche fast fünfjährige Krieg die Vorbereitungen einer kommunistischen internationalen Weltwirtschaft auf lange Zeit hinaus verzögert und unwahrscheinlich gemacht! Alle niedrigen Triebe und Instinkte sind durch den Krieg und seinen furchtbaren wirtschaftlichen Folgen gefördert worden. Der menschliche Egoismus feiert Triumphe wie nie zuvor, und alles, was nach Gemeinsamkeit und Einigkeit in der Willensrichtung strebt, muß sich gesellen lassen, von links wie von rechts bekämpft und verpöttelet zu werden.

Die nationalstaatliche Welle ist in Deutschland wie in Frankreich stark im Wachsen und es hieße Vogelsträuberei politisch treiben, wollten wir uns verhehlen, daß unsere jetzige Generation der inneren Reife zum kommunistischen Dasein in vieler Beziehung entbehrt. Das kann und darf uns natürlich nicht abhalten, den einmal für richtig erkannten Weg innezuhalten und für den organisch aufbauenden Sozialismus einzutreten.

Wir haben uns im verfloßenen Jahr immerhin politisch Ellenbockenfreiheit geschaffen. Es gilt, sie zu benutzen. Wie viele Proletarier der Hand wie des Geistes stehen aber unseren Bestrebungen noch fern oder gar feindlich gegenüber! Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar standen zwar schon unter dem doppelten Unstern: Bürgerkrieg, sozialistischer Bruderkrieg. Dennoch wäre auch sonst kaum eine wesentlich andere Gesetzgebungsförderung herausgekommen, weil die Hirne und Herzen der meisten Menschen noch

nicht revolutioniert waren! Das sind sie auch heute noch nicht, und die Arbeit daran wäre wohl das einzige, was die Sozialisten aller Schattierungen wieder zusammenführen könnte!

Denn auf dem Wege der parteipolitischen Frazee scheint irgendwelche Verständigung auf Jahre hinaus ausgeschlossen. Nur die ethisch-menschliche Seite des Sozialismus und Kommunismus könnte einen neuen Willen zur Einigung in Ziel und Streben auslösen. Aber die Herzen sind durch Krieg und Not verhärter und die Hirne folgen heute nur zu oft den Argumenten jedes Maulaufreißers, der

Jahreswende

Am altersgrauen Baum der Zeit
Ist eine Blume aufgeblüht,
Und eine Knospe tut sich auf.
Die Menschheit keulzt in gleicher Fron;
Von ihrer müden Stirne fällt
Der Schweiß in Tropfen erdenwärts.
Ihr Glaube aber träumt im Licht:
Vor ihren Sehnsuchtsblicken schwimmt
Das Morgenrot des neuen Tags.
Wie auch die Kette klirrt und drückt,
Der Zukunft Sturm zerbricht sie doch —
Und jedes Jahr löst einen Ring.
Und jede Knospe, die erblüht
Am altersgrauen Baum der Zeit,
Birgt einen Keim der künftigen Frucht.
So grüß ich dich, du neues Jahr;
Du junge Knospe tu dich auf,
Und blüh im lichten Rollenrot!
Des Friedens milder Maienwind
Umspiele deinen vollen Schoß,
Der Liebe Geiße beiruchte dich!
Und deine Düfte gieße aus, —
Lüß Blütenblättern kränze du
Der Menschheit weigelurchte Stra.
Und in der Zeiten Niedergang
Sei du ein lieber Zukunftsraum,
Sei du ein Gruß der neuen Zeit!
Von Clara Müller-Jabuka.

den Kommunismus" so predigt, wie er ihn versteht. Allerdings ist ein ganz erheblicher Teil der allgemeinen Unzufriedenheit auf das Schuldkonto der jetzigen Regierung zu setzen! Wir kennen genau die unendlichen Schwierigkeiten einer Koalitionsregierung; die planmäßige passive Resistenz weiter Kreise der höheren Beamtenchaft; die unendlich rücksichtslose Ausbeutung der Agrarproduzenten und die entsetzliche Wucherwirtschaft fast des gesamten Handels.

Dennoch bleibt ein Rest stärkster Unbefriedigtheit für jeden Sozialisten, der sich keine moralische und intellektuelle Unabhängigkeit bewahrt hat, ob er sich nun zur S. V. D. oder U. S. V. D. zählen mag. Es müßte mehr geschehen und es müßte in bestimmten Fällen durchgreifender gehandelt werden. Wir haben Erberger als Finanzministerkandidaten. Das allein genügt, um die Unzulänglichkeit der jetzigen Regierungsmaschine zu kennzeichnen.

Wir wissen wohl, es ist fürchtbar schwer, den in den Sumpf geratenen Karren herauszubringen, und wir alle vergessen zu leicht, daß die Entente noch immer mit ihren ungeheuerlichen und unerschämten Forderungen unsere Wirtschaft lauter bedrängt. Aber wir wollen wenigstens klare, unzweideutige Anlässe sehen! Solche Anlässe verfluchte Wißheit mit seiner Planwirtschaft. Vergeblich! Solche Anlässe wären in einer entschlossenen und kraftvollen Sozialisierung sichtbar. Wo bleiben sie? Solche Anlässe wären in einer energischeren Bekämpfung der Wucherwirtschaft zu erblicken! Jetzt wird zwar ähnliches vom Reichswirtschaftsamt angekündigt. Aber warum erst jetzt?

Unsere Preispolitik ist in gewissem Sinne als volkswirtschaftliche Selbstmordpolitik zu bezeichnen. Der Agrarier und Produzent begann den Reigen. Der Handel machte den nächsten Sprung nach oben. Der Lohnarbeiter war nun bei Strafe des Verhungerns gezwungen, als Dritter zu versuchen, die Steigerung auszugleichen, was ihm bei weitem nicht gelungen ist. Da aber noch immer erheblich mehr Bedarf an Gebrauchsgütern ist, als produziert wird, so konnten Handel und Produzenten zu neuen schier wahnwitzigen Preissteigerungen schreiten und Lohnarbeiter, Beamte und Mittelstand können längst nicht mehr folgen. Tiefem auf die Dauer unerträglichen Zustand suchte vor im Sommer 1919 die Regierung durch die Milliarden-

bewilligung für Gerablenkung ausländischer Nahrungsmittel Einhalt zu gebieten, allein es war — wie so oft — zu spät! Ein kurzes Stöcken — und wieder zog die Wucherwirtschaft an; niemand weiß heute, wann und wo dies endet!

Wir möchten für die gegenwärtige Situation fast die Behauptung unter Beweis stellen, daß die große Masse der Bevölkerung viel stärker durch den „Handel“ und die Agrarier ausbeutet wird als durch das Industrieunternehmertum! Zwar sichern sich letztere auch ganz respectable Gewinne durch skrupellosen verstärkten Prozentaufschlag bei jeder geringsten Lohnerhöhung, aber den Haupttreffer haben doch Händler und Urproduzenten aufzunehmen.

Eine völlige Umwidmung des Kapitals vollzieht sich, bei mir Arbeiter und Sozialisten aller Richtungen anscheinend ebenso hilflos gegenübersehen wie die Regierung.

Daß die skrupellose Ausnutzung unserer schlechten Wälate, die Massenansführung und Wiedereinführung lebenswichtiger Artikel an den Westgrenzen ein übriges dazu beiträgt, diesen furchtbaren Zustand unserer Volkswirtschaft zu verlängern, mag noch am Rande bemerkt sein.

Woher nehmen wir nun die Hoffnung auf Heilung?

Es verlohnt sich kaum, auf die einzelnen Phasen des verflochtenen Jahres einzugehen, weil sie das vorliegend gekennzeichnete Gesamtbild nur verstärken könnten. So mögen noch einige Aussprüche folgen, die uns der Lage deutlicher machen. Zunächst: die politische Entwicklung ist durch die deuternationalistischen Umtriebe nicht aufgehalten worden. Die Gemeindevahlen haben vielfach sozialistische Mehrheiten in den Rathhäusern gebracht. Das hat bis zu einem gewissen Grade vorerst unsere gewerkschaftliche Arbeit erleichtert. Schon zeigt sich indessen dort, wo die Finanzdeckungsfrage bereits stärker in den Vordergrund tritt, die Schwierigkeit weiteren materiellen Vorkommens recht groß, und wenn nicht alles ändert, werden wir im neuen Jahr unsere Organisation stark als mitentscheidenden Faktor in die Tagelöhne zu werfen haben.

Es ist keine Zeit, uns unserer „Größe“ zu freuen, sondern wir alle müssen reger tätig sein am in n e r e n Ausbau unserer Organisation. Dazu gehört vor allem die geistige Basis der sozialistischen Erkenntnis. Dem sollte dieser Rückblick dienen. Möge er in unseren Reihen den weitesten Widerhall finden! Möge aber auch das starke kollegiale und brüderliche Band, das uns alle in unserer Organisation eint, im neuen Jahr unerwackterlich zusammenhalten.

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

In Deutschösterreich hat der Hunger seinen Einzug gehalten. Der Gewaltfrieden hat dieses Staatswesen seiner natürlichen Hilfsquellen beraubt, der Nahrungsmittelgebiete wie der Kohlenreviere, und das Verbleibende, das man ihm belassen hat, ist nicht entfernt ausreichend, um den Bedarf seiner Bevölkerung zu befriedigen. Die Entente hat auch die Vereinigung Deutschösterreichs mit der Republik Deutschland gehindert, welche allein dem unglücklichsten Donau-Staate eine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit sichern könnte. Auf sich selbst angewiesen, geht Deutschösterreich einer Zukunft unglücklicher Leiden entgegen. Schon am Beginn des ersten Winters zeigen sich Lebensmittelpnot und Kohlennot in erschreckendem Maße. Schwer leidet insbesondere die Bevölkerung Wiens unter diesem Mangel, da der Zustand der Transportmittel auch dort die Heranbringung selbst des Wenigen, was verblieben ist, noch erschwert.

In dieser Not wenden sich die Gewerkschaften Deutschösterreichs an die deutsche Arbeiterschaft um Hilfe. Die Gewerkschaften Oesterreichs waren von Anbeginn ihrer Wirksamkeit treue Bundes- und Kampfgenossen der deutschen Gewerkschaften. Sie haben allezeit deutschen Gewerkschaftsgeist gepflegt und uns stets in Kampf und Not nach Kräften beigegeben. Es war ihr sehnlichster Wunsch, mit den deutschen Gewerkschaften baldigst gemeinsame Organisationen im gemeinsamen Staat zu bilden. Nicht ihre Schuld ist es,

daß dieser Wunsch bisher unerfüllt bleiben mußte. Aber unerschütterliche Solidarität und werthätige Hilfe kennen keine aufgezogenen Grenzen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Arbeiterschaft, ihren Brüdern in Deutschösterreich zu helfen.

Die Vorstände der deutschen Gewerkschaften haben beschlossen, sofort Geldsammlungen für die Gewerkschaften Deutschösterreichs einzuleiten. Die Sammlungen sind allerorts durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftsartelle) zu organisieren. Wo kein Ortsauschuss oder Gewerkschaftsartelle besteht, mögen die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften selbst die Sammlungen in die Hand nehmen. Alle Gelder sind zu senden an den Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Hermann Rube, Berlin SO. 16, Engelauer 15 (Postfachkonto 7030 bei dem Postbeamten Berlin).

Über die eingegangenen Gelder wird im „Correspondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes quittiert.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Wir bitten Euch um regere Anteilnahme an diesen Sammlungen, damit unseren Brüdern in Deutschösterreich schnelle und reichliche Hilfe gewährt werden kann.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Carl Legien, Vorsitzender.

Zum Gewerkschaftsstreik.

In dem heutigen Gewerkschaftsstreik wird von den Arbeitern zu wenig der tatsächliche Grund beachtet, der die Form der Gewerkschaft bedingt. Jeder Stand der Technik erfordert von den Arbeitnehmern eine bestimmte Form der Organisation, mit der sie ihren Gegener bekämpfen oder niederringen kann. Die Kampfmittel der Arbeiterkraft werden aus der Technik der bestehenden Gesellschaftsformen geboren, sie entspringen den augenblicklichen Bedürfnissen der Arbeiterschaft und sind einer fortwährenden Umänderung unterworfen, da die bürgerliche Gesellschaft sich von einer niederen Form fortwährend zu einer höheren Form des Kapitalismus entwickelt. Zurzeit bestehen die verschiedenen Arbeiterorganisationen nebeneinander. Der Grund dafür ist der, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zurzeit die verschiedenen Arbeitgeberformen vorhanden sind. Die isolierten Berufsorganisationen (? A.) sind die besten Kampfformen der Arbeiter gegenüber dem kleinen Unternehmer. Die Zentralverbände sind durchaus in der Lage, sich gegen den Fabrikunternehmer zu behaupten. Das konzentrierte Unternehmerium im Langgewerbe bedingt aber von den Arbeitern die Zusammenfassung aller Berufe der Gewerbeindustrie zum Gewerkschaftsverband. Nur so waren sie in der Lage, als annähernd gleichberechtigte Gegner vom Unternehmer eine Befestigung ihrer Löhne zu erkämpfen. Um nun für die jetzige Zeit die richtige Form der Gewerkschaft zu finden, müssen wir unseren Gegner in seiner jetzigen Stellung kennen lernen. Wir müssen untersuchen, welche Sündengründe heute der Arbeiterschaft in ihrem Aufstieg zu besseren Verhältnissen entgegenstehen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß wir die Weltwirtschaftsfrage einer Prüfung unterziehen, soweit der Lohn des deutschen Arbeiters davon betroffen wird. Wir haben nicht genaues Material über die Löhne der Arbeiter anderer Länder; das Material, das uns aber vorliegt, zeigt, daß die Löhne sich auf derselben Höhe bewegen wie die deutschen Arbeiterlöhne. (? A.) Es kommt aber dabei ein ganz anderer Wert heraus, im Ausland als in Deutschland. Die Mark innerhalb Deutschlands hat tatsächlich nicht mehr Wert als die deutsche Mark im Ausland. Im Durchschnitt ist die Entwertung des deutschen Geldes auf den größten Teil des Wertes herabgedrückt, den sie vor dem Kriege besaß. Der Gasarbeiter in den Feuerbäuern Groß- Berlins verdiente vor dem Kriege ungefähr 42 Mk. pro Woche. Um seine Lebenslage nun auf dieselbe Höhe zu stellen wie vor Ausbruch des Krieges, müßte er einen Lohn von 504 Mk. erhalten. Die Wertlosmachung des Geldes tritt beim Brot und bei der Wohnungsmiete nicht so stark in die Erscheinung, erreicht aber bei anderen unbedingt notwendigen Bedürfnissen des Arbeiters eine Verleerung bis zu dem dreifachen Preis, er erhält aber nur an Lohn das Vierfache des Lohnes, den er 1914 verdiente, so daß er tatsächlich nur ein Drittel des vor dem Kriege verdienten Lohnes erhält. Das wirkt sich auch auf dem Weltmarkt aus; da die deutschen Waren durch die niedrige Entlohnung des Arbeiters bedeutend billiger hergestellt werden können als im Auslande, werden diese Waren nicht im Ausland hergestellt (? A.), sondern aus Deutschland importiert. Wir liefern z. B. U-Boote für 50 000 Kronen das Stück nach Skandinavien, deren billigste Herstellung dort 200 000 Kronen das Stück kostet. Andere Maschinen werden von deutschen Unternehmern dort für 10 000 Mk. verkauft. Die Herstellungskosten dort betragen 250 000 Kronen. Wir liefern nach der Schweiz Waren, die dort nur für den doppelten Preis hergestellt werden können. Auch vor dem Kriege waren es die Hungerlöhne der chemischen Industrie, die Deutschland mit seinen Farbstoffen und Medicamenten (umgebend auf dem Weltmarkt für die Waren machten, ähnlich war es auch mit der Lederindustrie. Der Herstellungspreis für ein Pfund Kalfinade III betrug 20 Pf., auf dem Weltmarkt wurde es für 14 bis 15 Pf. verkauft während es in Deutschland 25 Pf. kostete. Die Fortführung dieser Praxis wäre: Rückzug deutscher Millionäre durch wirtschaftliche Verflüchtung der deutschen Arbeiter. Das neue demokratische Deutschland ist ein Schein, wenn es nicht dieser Entwicklung entgegentritt. Die niedrigen Löhne der deutschen Arbeiterschaft sind ein Hindernis für den Aufstieg der Arbeiter anderer Länder. Der Widerstand der kapitalistischen Gesellschaft nach dem Kriege ist bisher auf Kosten der deutschen Arbeiter erfolgt. In dieser Art kann und darf der deutsche Arbeiter am Widerstand nicht mitwirken. Wir müssen nun die Schuldigen dieser Entwicklung finden, um unsere Gegner zu erkennen. Das Kapital hat für diese Art Ausbeutung der deutschen Arbeiter durch die Art des Krieges einen großen Döner in Verdienst, und zwar die Presse des Landes zum "Vorwärts" (? A.), die kapitalistische Regierung mit ihren gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gerichteten

Einrichtungen. Presse und Regierung nehmen einmütig Stellung gegen die Arbeiter, die Regierung erstickt jeden Streik durch In-Tätigkeit setzen aller militärischen Wordinstrumente, und schwere Gefängnisstrafen praxellen auf die Sünder herab, die es wagen, die Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Ausbeutung zu führen. Durch einen Streik schädigt die Arbeiterschaft sich nur selbst, sie ist nicht geistig normal und so ähnlich kann man es auch jetzt noch in Gewerkschaftsblättern nachlesen. Wenn wir uns dieses alles vor Augen halten, müssen wir unsere Gegner genau erkennen und dementsprechend unsere Waffe, die Organisation, so ausgestalten, daß wir mit anderen Kampfmitteln auch Positionen unserer Gegner erobern können. Der Zukunftsstempel der Arbeiter richtet sich nicht nur gegen den einzelnen Unternehmer, sondern auch gegen die Truppen, die gegen uns ins Feld geführt werden. Die Lohnkämpfe werden letzten Endes immer durch Eingreifen des vorher erwähnten Regierungsapparats und der "Technischen Nothilfe" zu Waffenkämpfen ausarten, die das ganze Wirtschaftsgefüge ins Wanken bringen. Um diese Waffensituationen, welche nicht wir schaffen, sondern der Gegner uns aufzwingt, siegreich für die Arbeiterschaft führen zu können, darf diese nicht durch viele Organisationen innerhalb eines Betriebes in ihrer Entschlußkraft gebremst werden. Alle Arbeitnehmer eines Betriebes und eines Arbeitgebers gehören in einen Verband. Jede Berufsorganisation, die ihre Angehörigen aus dem Rahmen der Gesamtheit herausreißt, vermindert deren Solidaritätsempfinden. Den besten Beweis für diese Behauptung liefert das Verhalten der Deizer und Kaspichnikisten im Berliner Metallarbeiterstreik. Wir haben aber in den kommenden Kämpfen sehr oft mit ähnlichen Situationen zu rechnen und müssen diese Hindernisse beseitigen. Wir dürfen die Gewerkschaftsführer durch die Ideengemeinschaft (siehe Regierung und Arbeitergemeinschaft) in der sie sich mit den Kapitalisten zurzeit befinden, nicht die einheitliche Führung der Streiks verbünden. "Man kann nicht zweien Götern dienen." Arbeiterführer dürfen nur Arbeiterinteressen vertreten und nicht die Allgemeinheit (? A.) Hier heißt es "Schweig, bleib bei deinen Vätern", denn bei Rettung der Allgemeinheit durch die Arbeitervereine ist einzig und allein die Arbeiter die geistigere Schicht. Die Politik kann und darf in der Gewerkschaftsbewegung nicht ausgedehlet werden. Auch bei politischen Streiks muß heute die Gewerkschaft die Arbeitermassen führen, denn ohne diese Führung sind diese Kämpfe von vornherein verloren. Wenn noch Leute Führer an der Spitze der Bewegung stehen, die das nicht wollen, so müssen sie eben von ihrem Posten entfernt werden, das ist keine Fragestellung, sondern eine unbedingte Notwendigkeit für die kommende Zeit (?). Die zu erwartenden Kämpfe zum siegreichen Ende zu führen, sind nur Organisationen imstande, die auf betrieblicher Grundlage, die ganze Arbeiterschaft genau in einer Organisation, dem Arbeitgeber gegenüberstehen. Sie müssen aber revolutionäre Kampforganisationen sein und müssen wo das noch nicht der Fall ist, dementsprechend ausgebaut werden; nicht Zersplitterung der Gewerkschaften, sondern eine noch stärkere Zentralisation muß hier Platz greifen. In diesem Sinne müssen wir in der nächsten Zeit aufstehend unter unseren Kollegen wirken.

Nicht nur zahlende Mitglieder wollen wir haben, sondern überzeugte Klassenkämpfer brauchen wir, um die Ideale der Arbeiterschaft verwirklichen zu können. Die Aufklärung wird bewirkt, daß sich die Arbeiterschaft nicht trennt, sondern viel besser als bisher zusammenhängen wird. Krenzlow-Berlin.

Wir nehmen an, daß unsere Leser selbst diesen Weichselkopf von zum Teil richtigen, zum Teil falschen Darstellungen entwirkeln können. Deshalb wollen wir uns auf wenige Feststellungen beschränken.

Anfang und Ende des Artikels stehen in kräftigem Widerspruch. Es wird zunächst die Begründung für die isolierten Berufsorganisationen gegeben. Falls die Vergangenheit gemeint sein sollte (was aber nach der Darstellung kaum angenommen werden kann), mag's leidlich erscheinen. Zentriert aber für die Gegenwart scheint uns keine derlei Grenzverletzung der lokalen Berufsorganisation gegeben, obwohl wir noch immer zehntausende kleiner Unternehmer haben, sogar u. a. in der Holzindustrie. Am Schluß — wenn wir den Kollegen Krenzlow recht verstehen — fordert er aber im Gegensatz zum Kollegen Gürne Berlin und den Verbänden unserer Berliner Metallarbeiter "revolutionäre Betriebsorganisationen". Wir selbst sind bekanntlich seit mehr denn 15 Jahren für die Betriebsorganisation in Gemeinde- und Standesbetrieben eingetreten und unsere Organisation hat sich dann auch praktisch so gewiß durchgesetzt, obwohl in

Berlin noch ein ziemlich weites Feld für uns existiert, das leider noch von den Verbandsorganisationen betretet wird, wie insbesondere bei den Tarifverhandlungen zu Tage getreten ist.

Was aber die übrigen Organisationen betrifft, so geht unsere an dieser Stelle oft ausgesprochene Ueberzeugung dahin, eine schnellere Entwicklung zu Industrieverbänden wäre dringend notwendig. Die weitere Entwicklungslinie zur Verbandsorganisation setzt bei den meisten Privatindustrien einen stabilen, wenig wechselnden Arbeiterstamm voraus, wie er leider erst in ganz wenig Fällen (z. B. Braundustrie) vorhanden ist.

Was nun die Betätigung als revolutionäre Betriebsorganisation anbelangt, darunter versteht Prenglow — wenn Worte Sinn haben — die systematische Betätigung an politischen Streiks, so hat die Praxis wie auch unser Nürnberger Verbandstag uns klare Richtlinien gegeben, die mit der Auffassung Prenglows übereinstimmen. Unsere ablehnende Stellung zur „Technischen Nothilfe“ ist bekannt. Wenn aber irgendeine „Rechtfertigung“ dafür möglich wäre, so könnte sie wohl aus den Ausführungen Prenglows genommen werden. Mit dieser Art „Taktik“ kann man den Vorstellern sehr leicht laiputt machen!

Die Stellung der „Führer“ wird für die Zentralvorstände auf den Verbandstagen, für die Filialleitungen alljährlich in Mitgliederversammlungen bestimmt. Es ist Sache dieser Instanzen, über Geeignetheit eines „Führers“ zu entscheiden, nicht Sache eines einzelnen, ob er nun Prenglow oder anders heißt.

Der Gedanke, durch eine erhebliche Derauffhebung der Löhne unsere Kalutatsamerger zu lindern, d. h. nicht länger als Schmutzkonkurrent auf dem Weltmarkt zu erscheinen, ging zuerst von Großagrariern aus. Auch der hochparlamentarische Vertrag Gotthein ist dafür. Das nötigt doch einigermaßen zur Vorsicht! Die Agrarier spekulieren dabei auf „freien Wirtschaftsmarkt“ (also Aufhebung der Zwangswirtschaft) und dann weitere Verteuerung der Hauptnahrungsmittel um das Vier- bis Fünffache. Die Unternehmer werden natürlich nicht gutwilling solche Lohnerböhrungen zahlen. Es kommt also zu dauernden Preisstreiks. Sind wir aber gegenwärtig so stark, daß wir dabei stets siegen werden? Wenn man nicht auf dem Ronde lebt, wird man diese Frage verneinen müssen. Es be-

steht auch eine weitere Gefahr: nämlich das, was jetzt seit Monaten bereits in Erscheinung tritt: Abwälzung der Lohnerböhrungen (inkl. verstärktem Handels- und Unternehmervorteil) auf die Konsumenten von Gebrauchsgütern, Bedarfsartikeln usw. Die Massenkonsumenten sind aber wieder die Millionen Arbeiter! Man sieht, so einfach liegen die Probleme bei weitem nicht, wie sie Prenglow sieht. Ueberhaupt sind auch seine Darstellungen über Auslandsübue und Preise irreführend. Z. B. beträgt der Lohn unserer Kollegen in Amsterdam 60—65 Cents pro Stunde (Friedenswährung 1 Mk.), in der Provinz gar nur 40—50 Cents. In Dänemark (Provinz) 1,20—2 Kronen pro Stunde (1,50—2,25 Mk. Friedenswährung). Es ist natürlich nicht angängig, und das übersehen Prenglow, die Kaluta (die noch dazu nicht dauernd so niedrig bleiben kann) doppelt in Anrechnung zu bringen, nämlich 1. im Lohn, 2. im Warenpreis, sondern allem maßgebend ist der Reallohn, das heißt die Kaufkraft des Geldes. Und da sieht die Geschichte doch wesentlich anders aus. Wichtig ist, daß die leichtsinnige Verdröherung großer Industrie- und Arbeitswerte jetzt ins Ausland vor sich geht. Dem kommt man aber kaum bei einzig durch die Lohnfrage, sondern hier müssen staatl. Eingriffe erfolgen, wir müssen erst die Friedensratifizierung haben und eine exakte Grenzkontrolle. Es ist gegenwärtig sehr schwer, einen absolut sicheren Maßstab zu gewinnen über die Kaufkraft des Geldes in den verschiedenen Ländern. Sie dürfte im Mittel ungefähr das Fünf- bis Sechsfache sein, während unser Arbeitslohn nur das Zwei- bis Dreifache beträgt, nicht aber (wie Prenglow willkürlich behauptet) gleich steht oder gar niedriger ist.

Bei alledem ist natürlich richtig, daß die Löhne unserer Kollegen, wie auch in der Privatindustrie, kaum zum Existieren genügen, geschweige denn für Kleidung und Kulturbedürfnisse ausreichen. Das liegt aber zum Teil an dem fünfjährigen Weltkrieg und seiner volkswirtschaftlichen Verwüstung.

Um diesen Dingen beizukommen, müssen wir harte Aufklärungs- und Organisationsarbeit leisten und die trennenden politischen und religiösen Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund drängen. Darum können wir uns auch mit den Schlüsselwörtern des Artikels durchaus einverstanden erklären. Schade nur, daß der Artikel in seinen Einzelheiten so wenig diesen Schlüssen entspricht.

Dritte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der dritten Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (15. bis 17. Dezember 1919) lag der Bericht des Vorstandes im Tausch vor. Er gab Kenntnis von den Vorgängen und Akten anlässlich der Delegation zur internationalen Arbeitskonferenz in Washington, von der Regelung der gewerkschaftlichen Organisationen im neupolnischen Gebiet, von den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie von Verhandlungen über die Stilllegung von Unternehmen, über Einstellung von Arbeiterkontrollen bei der Gewerbaufsicht, über die Reform der Sozialversicherung sowie über Ernährungsfragen. Ferner enthält der Bericht sachliche Mitteilungen über die Reorganisation der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, über gewerkschaftliche Anschlußgründe an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, über das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Körperschaften, Gewährung von Zuschüssen an Arbeitersekretariate, über die Einrichtung gewerkschaftlicher Bezirksunterrichtsstellen und über die Arbeitsorganisation im Bureau des Bundesvorstandes.

Ueber die Zentralarbeitsgemeinschaft gab Cohen ein Referat, das vor allem die Frage der Ausführegelung eingehend behandelt. Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung und des Transportwesens sowie um das Zustandekommen von Arbeitsgemeinschaften in der Landwirtschaft und Binnenindustrie. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Hinsichtlich der Teilnahme an der internationalen Arbeitskonferenz in Washington legte Grafmann alle Einzelheiten dar, die den Bundesvorstand zu einer Delegation veranlassen und die Umstände, die schließlich das Eintreffen der Delegation in Washington verhinderten. Der Ausschuss stimmte der Auffassung zu, daß die Bedingungen der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam, unter denen eine Delegation nach Washington zulässig sein sollte, als erfüllt zu erachten seien.

Die dem Gewerkschaftsbund angehörigen Angestelltenverbände, die mit anderen Angestelltenverbänden eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, ertraben anlässlich der Ausgestaltung dieser letzteren zugleich eine Reorganisation. Die Verhandlungen hierüber haben zu keinem positiven Ergebnis geführt, wohl aber zu verschiedenen Vor schlägen, von denen der des Verbandes freier Angestellten die Errichtung einer Angestelltenabteilung im Gewerkschaftsbund zur Wahrnehmung der Angestellteninteressen empfahl, während der Bundesvorstand der Ausrichtung gungneigt, daß dann die Bildung einer eigenen Zentrale der Angestelltenverbände schon vorzuziehen sei. Das Ausbleiben der Angestelltenverbände aus dem Gewerkschaftsbund wurde vom Ausschuss aber abgelehnt und dem Bundesvorstand empfohlen, nach Bedarf einen besonderen sachlichen Beamteten für die Bearbeitung der Angestelltenfragen einzustellen. Die Verhandlungen über die Aufnahme einer vom Reich befristeten Lebenshaltungs- und Lohnstütze, die 8000 Betriebe umfassen soll und für die bereits 600.000 Mk. bewilligt sind, konnten nicht zum Abschluß gelangen, da über die Zweckmäßigkeit einer solchen Entscheidung noch keine ausreichende Klärung bestete.

Infolge von Klagen über Terrorismus und Organisationszwang hat das Reichsarbeitsministerium eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der verschiedenen Richtungen einberufen, in der man sich nach längerem Hin- und Herreden auf die Veröffentlichung einer den Organisationszwang mißbilligenden Erklärung einigte. Ueber den Wortlaut dieser Erklärung kam es in der Ausschussung zu Meinungsverschiedenheiten. Eine vom Ausschuss eingesetzte Redaktionskommission verlangte, daß bei einer Stellungnahme zum Organisationszwang auch die Selbstverständlichkeit des Konzentrationsprozesses im Organisationsleben und die Notwendigkeit einheitlicher Organisation gegenüber dem Unternehmertum betont werden müßten. Der Ausschuss beauftragte den Bundesvorstand, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Über die Arbeiten eines zur Vorbereitung einer Reform der Sozialversicherung eingesetzten Ausschusses berichtete Wissell. Die Reformen sollen sich auf die dringendsten Forderungen der Versicherten beschränken. Der Ausschuss war mit dem daraufgelegten Programm einverstanden.

Vom Reichsbund der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen Deutschlands wurden an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ziemlich weitgehende finanzielle Hilfsanträge gestellt, die der Vorstand mit Hinweis darauf ablehnte, daß die Gewerkschaften selbst die Vertretung der Interessen der Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen seit jeher übernommen haben und auch in Zukunft nicht aus den Händen geben werden. Der Ausschuss stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann berichtete H. Müller über die seitherigen Verhandlungen im Ausschuss der Rationalisierungsamt für das Betriebsratgesetz, die mehrere Verbesserungen oder auch einige Verbesserungen herbeigeführt haben. Die Verabschiedung des Gesetzes im Plenum sei Anfang Januar zu erwarten. Der Bundesvorstand empfiehlt dem Ausschuss die Herausgabe einer Betriebsratzeitung zur Schulung der in den Betriebsräten tätigen Arbeitervertreter in diesem neuen Aufgabenbereich. Die Notwendigkeit einer solchen Schulung wurde allgemein anerkannt. Die Meinungen gingen indes darin auseinander, ob ein solches Organ gemeinsam für alle Gewerkschaften herausgegeben werden könne, oder ob die einzelnen Gewerkschaften solche Organe für ihre eigenen Mitglieder einführen. Vielleicht könnten auch Blätter für verwandte Berufsgruppen geschaffen werden. Ein Versuch wurde nicht gemacht, sondern dem Bundesvorstand anheimgegeben, zunächst genaue Kalkulationen über die Kosten eines solchen Organs einzuziehen und den Vorständen mitzuteilen.

Die Schiedsprüche der Schlichtungsausschüsse können nach einer Verordnung des Arbeitsministers vom 3. September 1919 vom zuständigen Demobilisationskommissar auf Antrag einer Partei als rechtsverbindlich erklärt werden. Obwohl sich diese Rechtsbestimmung nach dem Inhalt der statglichen Verordnung auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der Demobilisierung beschränkt, ist sie auch bereits für Tarifschiedsprüche in Anwendung gekommen. Über die Zuständigkeit und Nützlichkeit dieser Rechtsausübung waren die Redaktionen in Gewerkschaftskreisen geteilt. Während Wissell für die Gewerkschaften darin einen Vorteil erblickt, wurde von Neumann (Kolgarbeiter) mit großer Erregung der gegenwärtige Standpunkt vertreten. Der Ausschuss fällt einen Entscheid über diesen Punkt nicht, sprach aber den Wunsch aus, daß auf eine Verschleppung der Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen hingewirkt werden möge.

Im Tollhause.

Vor dem Kriege hat in einer öffentlichen Versammlung Rosa Luxemburg einmal behauptet, daß sich in den deutschen Koffern Tag für Tag Dramen der schlimmsten Art abspielen. Darüber große Entrüstung bei den „Stellvertretern Gottes auf Erden“, so daß Wilhelms militärischer Handlanger, der Kriegsminister Gallenhausen den Koffi gegen die Kame, unscheinbare, geistig aber um so größere Frau in Bewegung setzte. Die Einleitung des Prozesses war eine einzige Blamage; denn als Rosa Luxemburg in der Tagespresse alle die zu Zeugen aufrief, die in den Koffern solche Dramen mit erlebt hatten, meldeten sich in kurzer Zeit nahezu 1000 Personen. Da wurde den edlen Schmeicheleien uns Herz bange und bänger. Der Prozeß wurde hinausgezogen und der Ausbruch des Krieges bot die willkommene Gelegenheit ihn einzustellen.

Eine neue Zeit war angeblich nach dem 1. August 1914 angebrochen. Epischbürger fielen sich beinahe gerührt in die Arme, wegen des neuen Geistes beim Kommiß. Von schlechter Behandlung sei sogar nichts mehr in den Koffern zu spüren. Freiwilige meldeten sich so zahlreich, daß sie zeitweilig wegen Ueberfüllung der Erprobungsstationen zurückgewiesen werden mußten. Doch wer freiwillig oder unfreiwillig in die Klauen des Militarismus geraten war, merkte zu seiner größter Betrübnis nur zu bald, daß die Rekrutenscheinbeten in der Heimat wie im Felde, in der Kaserne noch mehr als an der Front, in aller Weise fortgesetzt wurde. Wanden braven Mann brachte das zur Verzweiflung, ins Gefängnis und ins — Irrenhaus.

Kurt Zidler, der Redakteur des „Vorwärts“, ist unsern Kollegen kein Unbekannter mehr. In zahlreichen Gebieten ist er

Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegsgefangenen über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in der Heimat hat der Bundesvorstand ein Merkblatt im Umfang eines 10seitigen Festens herausgegeben, das in den Sammelstellen der Kriegsgefangenen verbreitet werden soll. Der Ausschuss stimmte dieser Maßnahme zu.

Für den aus der Redaktion des „Korrespondenzblattes“ am 1. November d. J. ausgeschiedenen zweiten Redakteur Wilhelm Jansson, der als Sozialist in den Rufen der Schwedischen Gewerkschaft in Berlin getreten ist, wählte der Ausschuss den seitherigen Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ August Quist in Stuttgart.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist dem Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. beigetreten und hat den Genossen Hebbola-Frankfurt zu seinem Vertreter bestellt. Der Ausschuss bewilligte für das Institut einen Jahresbeitrag von 1000 M.

Zu den von der Sozialen Frauenschule in Berlin veranstalteten Frauenkursen zur Ausbildung für die berufliche Arbeiterin in der Wohlfahrtspflege, zu denen auch Arbeiterinnen herangezogen werden sollen, wurde ein Beitrag von 5000 M. bewilligt und die Vorstände ersucht, geeignete Gewerbetrienerinnen zur Teilnahme an den Kursen namhaft zu machen.

Für den Deutschen Gewerbeschulverband, dessen Tätigkeit in der Förderung des gewerblichen Fachschulwesens besteht, wurde ein Jahresbeitrag von 100 M. bewilligt. Der gleiche Beitrag wurde dem Hauptauschuss für deutsche Jugendherbergen bewilligt.

Der Bundesvorstand unterbreitete dem Ausschuss die Vorkersetzungen für die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieselben wurden mit einer redaktionellen Änderung angenommen.

Dem Gewerkschaftskongress waren dem Ausschuss mehrere Anträge: Aufhebung des Belagerungsstandes in Industriebetrieb und Uebernahme der Kosten der Bezirkssekretariate überwiesen. Der erstere Antrag erledigte sich infolge der inzwischen erfolgten Aufhebung des Belagerungsstandes. Hinsichtlich der Kosten der Bezirksarbeitersekretariate war der Ausschuss der Meinung, daß deren Uebernahme auf die Bundeskasse nicht zu empfehlen sei, vielmehr nur in Notfällen eine Unterstützung einzelner Sekretariate möglich wäre. In diesem Sinne soll der Bundesvorstand von Fall zu Fall prüfen und helfen eingreifen.

Eine nachträgliche Aussprache fand statt über die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress zu Amsterdam abgegebene Erklärung Sassenbads hinsichtlich der Schuldfrage am Kriege und der demgegenüber veröffentlichten Erklärung

aus in der „Gewerkschaft“ und in der „Sanitätswarte“ bereits begegnet in denen er seiner Sehnsucht nach Freiheit und Sozialismus, Gütem und Schönem Ausdruck verlieh. Sein neues Buch*) schildert in ergreifender Weise die Reaktionen eines Rekruten, die diesen ins Irrenhaus trieben. Seine Erlebnisse im Tollhause lassen den unbefangenen Leser ahnen, wach eine Summe von geistigem Elend Krieg und Militarismus ins deutsche Volk hineingetragen haben.

Ein Kapitel aus dem lehrreichen Buche geben wir nachstehend wieder:

Ich hänge.

Die Kompagnie wußte, daß ich hänge. Ich habe ein für Unteroffiziere aufreizendes Gesicht und man weiß obendrein, daß ich Sozialdemokrat bin. Sozialdemokraten aber sind schlimm, und wenn sie auch im Reichstage die Kriegskredite bewilligt haben, und man doch nie, woran man mit ihnen ist. Außerdem gibt es solche und solche, und vorfichtshalber tut man gut, sie immer für solche zu halten.

Mein Unteroffizier hatte mir in einer stillen Stunde gestanden, daß er mich stundenlang in die Presse schlagen könnte. Er werde dafür sorgen, daß ich niemals Gefreiter werden könne, das wolle er mir in die Hand versprechen. Kommt er mir alle Zukunftsträume zerstört. Denn seit meiner frühesten Kindheit hatte mir ein vererbeter Ehrgeiz eingeschläfert, ich müsse es einmal zum Gefreiten bringen.

*) Im Tollhause von Kurt Zidler. Verlag: Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 2. Preis 2 M.

des Bundesvorstandes. Der Ausschuss nahm die beiderseitigen Erklärungen zur Kenntnis und erachtete diese durch die Aussprache für erledigt. Dem Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund stimmte er zu und wählte Legien als Vertreter der deutschen und deutschösterreichischen Gewerkschaften.

Sodann beschloß der Ausschuss die Veranstaltung einer Hilfsaktion für die Arbeiterschaft Deutschösterreichs. Es sollen Sammlungen für die deutschösterreichischen Gewerkschaften eingeleitet und den Lesern sofort aus den Kassen der Verbände ein Betrag von 1 Million Mark auf Konto der Sammlungen übermittelte werden.

Da vielfach die Arbeit wegen Kohlen- und Materialmangel unterbrochen werden muß, so wurde eine Regelung der Entschädigung der betroffenen Arbeiter entsprechend der Regelung im Januar 1918 gewünscht. Als zweckmäßig wurde eine Dreiteilung des Schwadens vorgeschlagen, so daß die Arbeiter zwei Drittel des Ausfalls vom Arbeitgeber und von der Erwerbslosenfürsorge ersetzt bekommen.

Bei Erledigung mehrerer Anschlußanträge wurde dem Anschluß der Internationalen Arbeiterliga an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zugestimmt. Die Lage steht auf gewerkschaftlichem Boden und zählt etwa 4000 Mitglieder. Abgelehnt wurde der Anschluß des Verbandes der Post- und Telegraphenbediensteten. Der Anschluß des Allgemeinen Schweizerbundes wurde versagt, weil dieser sich weigert mit dem Deutschen Landarbeiterverband einen Kartellvertrag abzuschließen. Der Anschluß des Verbandes der Volkereisachleute wurde abgelehnt, weil dieser den bestehenden Kartellvertrag mit dem Landarbeiterverband gebrochen hat. Der Anschlußantrag des Meisterverbandes der Schuhindustrie wurde zurückgestellt, um nähere Ermittlungen anzuziehen.

Die Fragen der passiven Resistenz als gewerkschaftliches Kampfmittel und der Technischen Nothilfe wurden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gestellt. Auf Antrag des Bauarbeiterverbandes wurde der Bundesvorstand beauftragt, über die Steuerpflicht der Gewerkschaften beim Reichsnotopfer und bei der Einkommensteuer Aufklärung zu schaffen und für die Steuerfreiheit der Gewerkschaften einzutreten.

Revolutionen sind Feuerbrände:
Niemand kennt ihren Anfang, niemand ihr Ende.
Sie sind von keinem einzelnen gemacht,
Nicht künstlich geschürt, nicht künstlich entzündet.
Sie müssen brennen, bis alles Morische verbrannt
Und neuer Geist füllt mit Ruhe das Land!

Außerdem bin ich begriffstuhig. Es liegt etwas im Griffes-Kopfen, eine letzte Schönheit, die ich niemals begreifen werde. Gefährlich bin ich auch, wie durch meinen gelegentlichen Hinweis auf das theoretische Reichwerberecht zur Genüge bewiesen war. Dazu lieberlich: Am 12. Mai 7 Uhr morgens beim ersten Appell hatte meine Komade zwei Zentimeter links vom Nasenbein gesessen! Ein Feldwebellieutenant hatte fünf Minuten sprachlos die Zunge im Munde herumgeworfen, ehe er über diesen die deutsche Draanisation kompromittierenden Mafel zum Kluchen kam und damit den Unteroffizier herbeilodete, der mein Gesicht mit einem feinen Sprühregen überzog.

Beim ersten Scharfschießen auf dem Stände schloß ich zwei Esen und eine Zwölf, über mein Erwarten gut. Der Unteroffizier witterte zwar sofort eine Finte dahinter, doch der Oberleutnant kam her und sagte, bei dem vorchriftswidrigen Trudpunkt, den ich nehme, sei das allerhand; ich werde sicher einmal eine Masse Franzosen totschießen. Das wollte ich doch?

Ich sagte: „Nein!“, worauf er tief Atem holte und abharrte. Der Unteroffizier blickte durch die Nase und meinte, wenn ich jetzt nicht ins Zuchthaus käme, so darum, weil ich geistig minderwertig und herr Oberleutnant ein großer Kinderfreund sei.

Am meisten empörte ihn mein Egoismus, der sich nicht nur vermah, meine Zigaretten ihm gegenüber als Privatigentum zu betrachten, sondern auch die Konzeptionen der anderen an seine Bedürftigkeit als verächtlich zu bespötteln.

Auf dem Schindanger, den wir einige Stunden im Tage be-
wältigten, nahm er, während die anderen erschöpft im Grase lagen,
Stod und meine Benigkeit im Privatunterricht vor. Passend

Zentralgewerkschaften oder „Freie Union“.

Die Umwälzung in Deutschland hat dem Arbeiter die Freiheit gebracht. Die freien Gewerkschaften haben einen ungeahnten Zuwachs erhalten. Tausende und abermals Tausende haben den Weg zur Organisation gefunden. Auch unser Verband hat eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen und immer noch hält der Zustrom an neuen Mitgliedern an. Diese Bewegung zeigt, daß in den Gewerkschaften ein gesunder Kern vorhanden ist. Wie sollte es auch anders sein, denn die Organisation hat doch seit Jahrzehnten die Interessen der städtischen Arbeiter mit Nachdruck vertreten. In einer Zeit, wo dem Arbeiter die Freiheit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete gegeben ist, sollte man annehmen, daß nun alle Arbeiter Hand in Hand arbeiten würden, um sich diese Freiheiten für immer zu sichern. Leider trifft dieses nicht zu. Ein großer Teil der Arbeiter, die bis zum 9. November 1918 noch vor jeder Bundesmitgliedschaft stramm standen, befinden sich heute auf dem äußersten radikalen Flügel. Leute, die den Gewerkschaften sehr viel — wenn nicht alles verdanken, sehen heute in denselben Gewerkschaften den Feind der freien Bewegung. Sie glauben ihr Heil in einer anderen Organisationsform suchen zu müssen. Diese Bewegung macht sich wohl am stärksten in Rheinland-Westfalen bemerkbar. Konfuse Köpfe haben es fertig gebracht, die Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiete zu spalten. Sie sehen ihr Heil in den Betriebsausschüssen. Sie verlangen, daß diesen Betriebsausschüssen die ganze Macht zugesprochen wird, bei Abschließen von Tarifverträgen die Gewerkschaften ausgeschlossen werden und nur sie als Vertragskontrollanten in Frage kommen. Daß auch die Gewerkschaften für die Betriebsausschüsse eintreten, versteht sich am Rande. Nur sie fordern, daß die Betriebsausschüsse nicht über den Gewerkschaften stehen sollen, sondern daß durch die Gewerkschaften die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt werden. Hinter dem Gedanken, den Betriebsausschüssen die ganze Macht zu geben und die Gewerkschaften auszuschalten, steht die „Union“. Den Mitgliedern wird gesagt, die „Union“ hat mit der Lohnregelung nichts zu tun, sondern die Arbeiter sollen hier selber bestimmen. Die „Union“ kann nicht anders handeln, denn sie ist ja ein prinzipieller Gegner von Tarifverträgen. Darum diese Ausrufe.

In Düsseldorf trieb sich nun der Kampf um Anerkennung der Organisation bei Abschließen von Tarifverträgen ab. Nachdem Verhandlungen über eingereichte Lohnforderungen getätigt waren, weigerte sich der Siebenerausschuss — dieser war aus den Betriebsausschüssen gewählt — mit den Gewerkschaften gemeinsam das Lohnabkommen und den Tarifvertrag zu unterzeichnen. Hierbei war es das Bedauerliche, daß selbst Mitglieder unserer Organisation in dem Siebenerausschuss ihre Vertretung er-

stiegen wir in die Pfützen, und wenn wir aufstanden, hatten wir das Maul voll Dreck.

Stod blieb ruhig.

„Bei mir kann er lange hocken, bis er ins Gehirn kommt.“

Ich aber fühlte, je länger die Duellereien wurden, aus denen sich mein Dasein zusammensetzte, wie etwas in mir aufstund. Ich mußte, daß er darauf ausging, mich zu reizen, so sehr ich ihm auszubiegen versuchte, er zog die Daumenschrauben immer mehr an. So wurde mir klar, daß es bald einmal zum Treffen kommen mußte.

Eines Abends, ich kam vom Essensaßen aus der Küche, stand Stod im Flur und sagte:

„Geh nicht auf die Budel! Der Bulle hat gedroht, wenn sie dich nicht schäkten, dann muß die ganze Bande nachgezieren. Jetzt ist der Hund weggegangen, und die Bachullen haben sich ihre Klopfpeitschen zurechtgelegt.“

Ich ging stumm an ihm vorbei in die Stube und sah, wie einige nach den Peitschen langten. Da sprang ich über den Tisch nach meinem Schrank, riß das Seitengewehr aus der Scheide und brüllte:

„Ein Hund, der nahe kommt! Ich schlage ihm den Schädel entzwei. Das wäre das Letzte. Ihr seid keine Kamraden!“

Keiner tat mir etwas. Ich setzte mich an den Tisch und begann zu essen. Ein unsagbares Weh schüttelte mich, ich hatte Mühe, die Bissen hinunterzumürgeln. Ich sah von Gesicht zu Gesicht. Alle sahen stumpf, müde und traurig aus.

Die Kameradschaft, die gegenseitige Hilfe der Opfer, war noch das einzige gewesen, an das ich geglaubt hatte. Das „Weh“ hatte

bliden und für die Ausschaltung der Organisation eintraten. Diefem Treiben untätig zuzusehen hatte die Gewerkschaft keine Ursache. Sie hat es durchgedrückt, daß die Organisation nicht beiseite geschoben wurde, sondern daß das Lohnabkommen unterzeichnet. Nachdem auch der „Generalobmann“ eingesehen hatte, daß seine Bemühungen nutzlos waren, hat auch er im Namen des Ausschusses unterzeichnet.

Von Arbeiterverrat und sonstigen Dingen wird von jener Seite geredet und diese Phrase wird dann auch von anderen Leuten nachgehakt. Daß aber durch das Verhalten des „Generalobmanns“ Arbeiterverrat geübt worden ist, wird den guten Leuten nicht klar. Die Stadtverwaltung Düsseldorf erklärte, daß sie nach Unterzeichnung des Vertrages bereit sei, die erhöhten Löhne zu zahlen. Da sich aber der „berufene Vertreter“ (Generalobmann) weigerte zu unterzeichnen, mußte die Arbeiterchaft auf die Auszahlung der erhöhten Löhne warten. In Betrieben, welche nach wie vor den Gewerkschaften treu geblieben waren, ist der Lohn bereits vor einigen Wochen zur Auszahlung gekommen. Die anderen müssen sich nun mit einer Abschlagszahlung zu Weihnachten begnügen, da eine Nachrechnung des erhöhten Lohnes in so kurzer Zeit nicht mehr möglich war. Was würden die Arbeiter und speziell die radikalen Elemente gemuttert haben, wenn die Gewerkschaften eine solche Haltung an den Tag gelegt hätten?

Wie werden nun die Interessen durch die „Union“ vertreten? Da sie nur „Kampfsorganisation“ sein wollen, kommt für sie nur die direkte Aktion in Frage. Daß zum Kampfführen aber auch Geld gehört, ist den Leuten erst später zum Bewußtsein gekommen. Es wurde nun an die Solidarität der in Arbeit stehenden Kollegen appelliert. Von den städtischen Arbeitern ist dann die Summe von 10 000 Mk. aufgebracht worden, in dem guten Glauben, ihren im Kampf sich befindenden Kollegen zu helfen. Vor etwa 14 Tagen ging nun durch die hiesige Presse die Notiz, daß diese Gelder nicht abgeliefert seien. Auf die Frage, wohin diese Gelder gekommen sind, ist bis heute eine Antwort nicht erteilt worden. Trotzdem nun eine ganz ansehnliche Summe aufgebracht worden ist, sollen die armen Proleten weiter bluten, denn immer mehr soll zusammengetragen werden. Natürlich hat dieses Verfahren schon manchen Arbeitskollegen verärgert und nur dem Terrorismus ist es zu verdanken, daß sie ihre Leute noch bei der Länge halten. Wie lange noch?

Ihre ganze Ueberredungskunst wenden sie an in den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken. Denn wissen sie doch, daß diese die lebenswichtigsten Betriebe sind, die bei etwaigem Ruhestillstand für sie zu gebrauchen sind. Da wird gesagt, daß diesen Kollegen jede geforderte Lohnhöhung werden müsse. Wenn nicht gezahlt wird, na, dann wird die Arbeit eingepackt. Sehr viel Anklang haben sie

bis heute aber auch in diesen Betrieben nicht finden können. So haben die Herrschaften außer Düsseldorf, wo es zum guten Ton gehört, Anhänger der „Union“ zu sein, nur in Düsseldorf etwas auf die Beine bringen können. Nachdem nun den Leuten alle Mögliche und Unmögliche versprochen war, wurden Forderungen aufgestellt, welche natürlich um 100 Prozent höher sein mußten als die, welche von den „Bonzen“ oder „Maschinengewehrsozialisten“, wie man uns in letzter Zeit betitelt, gestellt worden sind. Als nun den guten Leuten in Düsseldorf bedeutet wurde, daß nur mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter über Lohnfragen verhandelt würde, hätte man annehmen müssen, sie wären jetzt zur direkten Aktion geschritten. Aber nein, nichts von alledem. Man wartete so lange, bis unierreits die Löhne erneuert gerechnet wurden, und nun geht man her und bucht diesen Erfolg als den ihrigen.

Bei einem großen Teil der Arbeiter fängt es bereits an zu dämmern. Viele bereuen heute, daß sie ihre lang erworbenen Rechte in der Gewerkschaft preisgegeben haben. An unseren Kollegen in den Filialen wird es liegen, unermüdet in der Kleinarbeit tätig zu sein. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Darum ans Werk!

• Rus den Stadtparlamenten •

Anterburg. Die Monarchversammlung vom November beschloß eine Eingabe dem Magistrat zu unterbreiten auf Zahlung einer Pensionsbeihilfe. Die Höhe dieser außerordentlichen Beihilfe sollte zwischen 300 bis 550 Mk. betragen. Nachdem die Dringlichkeit durch das gesamte Stadtverordnetenkollegium bestätigt wurde, erklärte Oberbürgermeister Dr. Rosenkrantz, daß die Stadtverordneten beschließen könnten, was sie wollten, der Magistrat werde nie und nimmer einem solchen Beschluß, auf Genehmigung einer Pensionsbeihilfe für die städtischen Arbeiter beitreten; denn erstens sei es ein Tarifbruch und zweitens zahle die Stadt ihren Arbeitern weit bessere Löhne als die Privatbetriebe. Der Oberbürgermeister verweist natürlich immer auf die Betriebe, wo es der Arbeitgeber betrifft, die Arbeitskraft so niedrig als möglich zu bewerten, und anscheinend möchte der Oberbürgermeister versuchen, mit dem gleichen Maßstab auch die städtischen Arbeiter zu messen. Er wies ferner auf die höchste Lohnklasse hin, die jährlich 6000 Mk. verdiene. In diesem Falle aber handelt es sich nur um Arbeiter, die bei 305 Arbeitstagen im Durchschnitt ihre Gesundheit und die Sonn- und Feiertage opfern müssen, um die Stadt mit Licht, Gas und Wasser zu versorgen. Das Resultat dieser oberbürgermeisterlichen Argumentation war — die Beurteilung der Arbeiterschaft zum Weiterarbeiten. Das spürt der Oberbürgermeister Dr. Rosenkrantz vom hungarischen Namen der Arbeiterkinder, was geben ihm die geschliffenen Klieber und defekten Säube seiner Arbeiter an? So mancher Kollege kann sich bei den unerschwinglichen Preisen mit Kartoffeln nicht eindecken und viele müssen in Ermangelung von Holz und

alles verdorben. Ich würde ihn mir kaufen. Morgen, übermorgen, dessen wurde ich gewiß.

Von weher hatte ich Hilfe zu erwarten? Von niemand. Von keiner Pechschwerde. Und er mich doch dauernd ein, wenn es mir nicht passe, solle ich mich beschweren. Keiner würde zu mir stehen. Wir waren zu jung, zu verschieden voneinander, jeder dachte an sich selbst, und keiner wollte sich den Schnabel verbrennen. Sieh zu, wie du durchkommst!

Ich schliefe in keiner Pacht. Ich lag in der stickigen Luft, auf der harten Holzwanne, hörte die wie Vieh aufeinander gepreßten Menschen stöhnend Atem holen und fühlte mich unsäglich zertreten und erriedrigt. Die Beschimpfungen brannten mir körperlich wie Wundmale im Fleisch.

Wasserlandsverteiler? Glendes Kanonensfutter! Wie hieß es doch heute auf dem Schindanger?

„Schlafen wollt ihr? Habt Zeit genug im Massengrabe! Werdet wachen können, bis ihr eure Schaufel Rast in die Schnauze bekommt!“

Was sollte ich tun? Ich starrte in den trüben Gaslaternenleuchten, der vom Korridor in den Saal fiel. Was sollte ich tun? Gegen einen Moloch, einen Wahnsinn, der eine ganze ächzende Welt in seine blutigen Klauen preßte.

Ich war immer vom Taumel frei gewesen. Wie ein Fieber des Fels hatte es mich geschüttelt, als der Kriegesentflammte Rob durch die Straßen tobte.

Ich haßte den Krieg, wie ich mein Leben und das der andern haßte; so stark, daß ich nur sterben möchte, um ihn zu beenden. So klar erkannte ich die große, plumpe, blöde Lüge, mit der das

Verbrechen sich als heilige Pflicht maschierte. In der Brust des ärmsten Kosaken, der auf polnischer Erde liegt, treibt eine schöne Welt, vor deren Erhabenheit die Ideale des Massenmordes in nichts zerfließen.

In wieviel Tausenden von Kolernen liegen die Männer, in wieviel Gräben und Pöchern haben sie und grubeln und sinnen wie ich? Wenn sie doch alle auflachen möchten und lachend nach Hause gehen — wer wollte sie halten, und wo bliebe der Krieg?

Wer von euch, Verwirrte, hat schon einmal eine Grenze gesehen, eine Grenze, wo das Gras aufhörte, grün zu sein, oder wo ein Vogel in der Luft abgeprallt wäre oder ein Spalt in der Erde gewesen wäre?

Wir sind alle nichts weiter als Mörder auf Gegenseitigkeit. In dieser Gegenseitigkeit ruht wiederum die sogenannte historische Notwendigkeit. Trüben sind Leute, die uns ans Leben wollen, sagt die historische Notwendigkeit, darum müssen wir ihnen ans Leder. Schön. Aber ebenso fest bin ich überzeugt, daß drüben mehr als einer ist, der da nicht mitspielen will, weil er kein Gehirn und seine Knochen zu etwas Vernünftigerem aufsparen will — und so denke ich auch. Wir bleiben auf Gegenseitigkeit abseits vom Handel. Das ist unsere historische Notwendigkeit. Der Kaiser, für den wir sterben sollen, hat selber sechs Söhne, es ist noch keinem etwas passiert, und ich wette, sie werden heil bleiben, mag der Krieg dauern, solange er will.

Ein aufrechtes, friedliches Bewußtsein ergriff mich, durchströmte mich mit köstlicher Ruhe und ein Lächeln krönte die Stunde harten Ringens.

So schlief ich ein.“

Kohlen bei diesen kalten Tagen frierend ihre Freizeit zu Hause verbringen. Die Altonaer Kollegenschaft braucht ihrem früheren Chef wirklich keine Träne wegen des Scheidens nachzuweinen. Etwas acht Tage nach jener Stadtverordnetenwahlversammlung ließ der Oberbürgermeister die Kollegen Bund und Theodor zu sich rufen. Es wurde den Arbeitvertretern mitgeteilt, daß der Magistrat die geforderte Beihilfe nicht gewähren könne -- aber „in großzügiger Weise“ soll den Arbeitern ein Vorkuß, pro Tag 150 Mk., für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. März 1920 gewährt werden und Weihnachten für alle die vor dem 1. Oktober 1919 Beschäftigten ausbezahlt werden. Man versucht also, der Arbeiterschaft die Neuorganisation der Feuerungsanlage am 1. Januar vorzuenthalten, indem sich die Arbeiterhart im Weihnachtsgeld selbst begnügen muß. Wenn die angebliche Beihilfe von 150 Mk. nicht den Kollegen wöchentlich im 1. Quartal 1920 wieder in Abzug gebracht. Damit ist uns nicht geholfen. Wir halten an unseren Forderungen fest. Will aber der Herr „Ober“ ein Tänzlein wagen, so müß er's wagen, wir spielen ihm auf!

• Landstraßenwärter •

Faberborn, 87 Kreiswegwärter haben sich unserem Verbands angegeschlossen. Bis dahin waren sie Mitglieder des christlichen Verbandes. Bis zum 31. März 1919 erhielten die Kreiswegwärter einen Tageslohn von 2 Mk. und ab 1. April 1919 3 Mk. bei achtstündiger Arbeitszeit. Nachdem die Kreiswegwärter unsere in Verband angegeschlossen sind, haben sie beim Landratsamt eine Aufbesserung ihres Lohnes verlangt. Die Verhandlungen am 1. Dezember gipfelten eine Lohnaufbesserung auf 8 Mk. bei achtstündiger Arbeitszeit, rückwirkend vom 1. November. Der christliche Verband hat für die Kollegen nie etwas getan. Jetzt dürfte es jedem Verbandskollegen klar sein, wer seine Interessen am wirksamsten vertritt.

• Aus unserer Bewegung •

Die Gausanferens Köln am 14. Dezember war mit 28 Delegierten aus 13 Filialen (rund 10 000 Mitglieder) besetzt. Gauleiter Heinig berichtete über die Situation im Gau. Die Organisation ist auch in den dunkelsten Winkeln rüstig voranschritten. Das Tarifstreik steht überall im Vordergrund der Bewegung. Es muß versucht werden, möglichst eine Einheitsfront herbeizuführen. Bei den Verhandlungen berufen sich die Verwaltungen gern auf Tarifabschlüsse, die durch die Verhältnisse längst überholt sind. Die mannigfaltigen Zulagen, die neben den Löhnen gewährt werden, werden absichtlich verschwiegen. Nur durch Abschluß eines Reichstarifvertrages können die zum Teil erheblichen Unterschiede beseitigt werden. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß der Tarifabschluß in Neukirchen die Christen betätigten, den Kollegen anstatt einer Verbesserung eine Verschlechterung von lässlich 2 Mk. brachte. Die Stadtgemeinden haben allenthalben den Geist der neuen Zeit beiriffen. Das kann von der Provinzialverwaltung nicht gesagt werden, die anstatt der Gewerkschaften heute noch gelbe Vereine als berufene Interessenträger ihrer Arbeiter betrachtet. Die Provinzialverwaltung antworten finden sich immer noch nicht mit dem Abstandsdenken ab. Hier kann nur der zähe Wille der Arbeiterschaft und Fleißer zum Ziele führen. In der Frage der Grenzstreitigkeiten, die heute mehr denn je an der Tagesordnung sind, halten wir uns nach wie vor an die Forderungen der Gewerkschaftsmonarchen und müssen das auch von den Bruderorganisationen verlangen. Neben der Aufsicht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, darf die Erziehung der neu gewonnenen Mitglieder zu Gewerkschaftlern nicht vernachlässigt werden. Die Ausprache ergab, daß die Filialen mit der Gauleitung übereinstimmen. Kollege Hölken-Köln referierte über die „Technische Nothilfe“ und empfahl in den Filialen diese in der im unbesetzten Gebiet üblichen Form abzulehnen. Der Verkauf der Monarchen zeigt die Gewähr, daß die Gemeinbearbeiterbewegung auch im besetzten Gebiet rüstig weiterfährt.

Kannaburg, Bez. Halle. Am 17. Dezember 1919 sprach Kollege Kühne-Berlin vor dem Personal der Militär-Anstalten Erziehungsanstalt und der Unteroffizierskademie über „Zweck und Ziele des Verbandes“. Die Versammlung folgte mit großer Aufmerksamkeit seinen Ausführungen, so daß zum Schluß 22 Angehörige der beiden Anstalten dem Verbands beitraten und eine Filiale ins Leben gerufen werden konnte. Als Vorsitzender wurde Kollege Bachmann, als Kassierer Matzke, als Schriftführer die Kollegen Richter und als Revisoren Kollege Geinze und Frau Müller gewählt.

Ronn. In einer zahlreich besuchten Versammlung nahm die Kollegenschaft Stellung zu der erforderlich gewordenen Lohnforderung, die gemeinsam mit der christlichen Organisation der Stadtverwaltung übermittel werden soll. Nach dem Antrag des Kollegen Sporl stimmte die Versammlung den Vorschlägen der Orts-

verwaltung zu. Die Beitragserhöhungen fanden nach den Ausführungen des Kollegen Katuschke einstimmige Annahme. Eine Anfrage der als Gäste amwesenden Notstandsarbeiter, was die Organisation zu tun gedenke, um den zahlreichen Entlassungen von Weihnachten vorzubeugen, fand dadurch Erledigung, daß die Organisationsleitung erklärte, sie werde erneut an die Stadt herantreten, um entweder Arbeit für neue notwendige Arbeiten zu bewilligen oder sonstige Maßnahmen ergreifen möge, um der drohenden Not bei der einbrechenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Es wurde hierbei der dringende Wunsch ausgesprochen, daß in erster Linie den in Vonn anwesenden Arbeitern Arbeitsgelegenheit erhalten bleiben müsse. Eine vom Kollegen Sporl angeregte Sammlung für die in Not befindlichen Kinder unserer Wiener Arbeiterbrüder ergab durch Sammlung den Betrag von 87 Mk. Die Vorstandschaft brachte folgende Besetzung: Jakob Schürer, 1. Vorsitzender; Barth, 2. Vorsitzender; Vernds 1. Schriftführer; Geibel, 2. Schriftführer; Sporl, 1. Kassierer; Katuschke, 2. Kassierer.

Görsch. Die Generalversammlung am 12. Dezember nahm den Bericht des Vorsitzenden entgegen. Aus dem Bericht des Kassierers war zu ersehen, daß der Mitgliederbestand 750 und das Vereinsvermögen der Filialklasse 2280 Mk. beträgt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt. Den Verträgen wurde ebenfalls zugestimmt. Earen anstehend gab der Kassierer bekannt, daß für unsere am Metallarbeiterstreik beteiligten 10 Mitglieder 1446,10 Mk. gesammelt und restlos ausgezahlt sind. Die Neuwahl des Gesamtverbandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Venthan; 2. Vorsitzender Kurt; Kassierer Mantuffel; 1. Schriftführer Buggan. Die Entlassungsfrage resultiert folgendermaßen: 1. Vorsitzender und Kassierer zusammen 3 Proz. der Gesamtentlohnung; Schriftführer jährlich 60 Mk.; Betriebskassierer 6 Proz.; Sekretär 20 Mk. vierteljährlich; Sitzungsgelder 2 Mk. Der Gesamtbeitrag zu den statutenmäßigen Beiträgen ist in allen Klassen auf 10 Pf. festgesetzt. Das Entlohnungslimit folgendes vor: a) Krankeunterstützung in Klasse 1 0 Mk., Klasse 2 7,50 Mk., Klasse 4 4,50 Mk.; b) Arbeitslosenunterstützung in Klasse 1 15 Mk., Klasse 2 10,50 Mk., Klasse 4 7,50 Mk.; c) Sterbeunterstützung 60 bis 150 Mk.; d) Sterbeunterstützung für Kinder von 1. bis 8. Jahre 30 Mk., von 8 bis 6. Jahre 40 Mk., von 6. bis 14. Jahre 50 Mk.; Unfallunterstützung bis 20 Mk. Aus anderen Verbänden übergenommene Mitglieder haben Anspruch auf die sozialen Zuschläge zu den Unterzahlungen, nachdem die 13 Wochen Mitgliedschaft bei uns sind. Der Arbeiteramateurkolonne wurde ein Betrag von 60 Mk. aus der Filialklasse bewilligt. Einige Lohnregelungen wurden den zuständigen Ausschüssen zur Erledigung überwiesen. Der bisherige Vorsitzende Müller ist ab 1. Dezember kassierend. Er verabschiedete sich mit dem Gedächtnis, der Filiale weiter jede mögliche Unterstützung anzubieten zu lassen.

Tröden. In der Mitgliederversammlung am 9. Dezember referierte Genosse Otto Schulz über „Sozialisierung“. Aus seinen Ausführungen sei erntommen: Die Ansicht vieler Genossen war, daß mit der politischen Revolution auch die wirtschaftliche hätte erfolgen können. Dem muß erwidert werden, daß zu einer wirtschaftlichen Revolution Voraussetzungen vorhanden sein müssen, die bei der politischen Revolution nicht nötig sind. Durch die Arbeit wird Reichtum erzeugt und diese ist in der kapitalistischen Gesellschaftsverordnung für den einzelnen Unternehmer der Gewinn. Hier muß die Klasse der Arbeiter werden. Die Produktionsmittel müssen gesellschaftliches Eigentum, die Arbeit Allgemeingut und im Interesse der Allgemeinheit verwertet werden. In einem sozialisierten Betriebe ist auch die Arbeit organisiert. Es verlohnt nicht mehr der einzelne darüber, sondern die Allgemeinheit entscheidet, welche Produkte hergestellt werden. Arbeitslosen ist es soz. dann, daß Güter erzeugt werden, die überflüssig sind und an dem notwendigen Mangel voranden ist. Monopolisierte Industrien können in erster Linie sozialisiert werden, wie der Stahlbergbau, wo nur der Staat als solcher das Recht der Produktion hat. Diese Möglichkeit liegt beim ganzen Bergbau vor. Im neuen Elektrizitätswesen ist vorzusehen, daß nur der Staat das Erzeugungsrecht hat. Gerade kann auch hier zur Sozialisierung geschritten werden. Als selbstverständlich muß betrachtet werden, daß die Klassen Gegenüber von Kapital und Sozialisierung nicht von heute auf morgen auszuheilen werden können. Erst wenn die Arbeiterschaft die politische Macht erlangen hat, kann an die Sozialisierung mit größerer Verbe herangegangen werden. Durch die Revolution kam der alte Christlichkeitsstaat in Wegfall, aber trotzdem, daß die Wahl zur Nationenversammlung unter dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht -- dem freischen Wahlrecht der Welt -- stattfand, ist es unter dem Eindruck der Revolution nicht möglich gewesen, daß die Arbeiterschaft die Mehrheit erhielt. Das Sozialisierungsrecht gab dem Staat das Recht zur Entlohnung unter entsprechender Entschädigung. Hier wäre dann der Weg offen, wenn nicht die heutige Weltentwertung und die finanzielle Lage des Staates in Betracht gezogen werden müßten. Übung unserer Volkswirtschaft und Übung der Volkswirtschaft, das sind die wichtigsten Voraussetzungen zur Sozialisierung. Wenn wir von Sozialisierung sprechen, dann wollen wir uns wirtschaftlich und geistig auf eine höhere Stufe stellen. Untere gingen

Kreislagen müssen darauf hinausgehen, die internationalen Beziehungen mit den Sozialisten des Auslandes wieder anzuknüpfen. Zwingende Voraussetzung dazu ist, dem Auslande ein einiges sozialistisches Deutschland zu zeigen, nicht wie heute, wo sich die Arbeiterklasse zur besten Freude der Reaktion zerstückelt und bekämpft. In dieser Zustand wieder erreicht, haben wir weitere Voraussetzungen zur Volksozialisierung geschaffen. — Durch die Demokratie zum Sozialismus; hiervon haben wir uns 50 Jahre leiten lassen. Wird international an die Sozialisierung herangegangen, dann können auch wir zur Volksozialisierung kommen. Aber zur Erreichung dieses Zieles gehört Energie und Ausdauer, vor allem aber die Einigkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung. — Der Referent fand allseitige Zustimmung, was auch aus der Debatte hervorging.

Frankfurt a. M. In der außerordentlichen Generalversammlung am 10. Dezember 1919 hielt Dr. Vatter einen Vortrag über: „Geschichte der Ehe und der Familie“. Dem aufmerksamen Zuhörer lagen zahlreiche Bilder vor dem geistigen Auge vorüber. In das Leben und Treiben aller Völkerrassen, Urböller und dergleichen wurde man vertieft, lernte Sitten und Gebräuche dieser Völker kennen und konnte dann den Maßstab an dem heutigen Kulturzustand vergleichen. Der Referent erklärte, daß heute noch sogenannte Urvölker vorhanden sind, deren Lebensweise nicht nur primitiv sei, sondern auch im Familien- und Eheleben Merkmale aufweisen, die untrügliche Beweise für den Fortschritt ergeben. Die Annahme, daß bei den Urvölkern von einer Einzelehe im heutigen Sinne nicht gesprochen werden könne, daß nur das sogenannte Mutterrecht daraus hergeleitet wurde, sei durch das Studium dieser Urvölker widerlegt worden. Es sei fest, daß auch hier schon von der Einzelehe gesprochen werden kann, die Volksgemeinschaft (Ehelebe) dagegen nur ein Vorrecht der Weibchen und der Säuglinge. Aber nicht nur die Weibchen sind geschlechtliche Merkmale, es gab auch Völker, bei denen die Männer an der Tagesordnung waren, z. B. bei den Totas in Indien. Charakteristisch ist dabei, daß es fast immer Priester waren, die sich um eine Frau scharten. Es lag dies in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Bedeutendwert war bei den ganzen Ausübungen des Redners die Feststellung, daß in dem ganzen Wandel der Zeiten immer der soziale und wirtschaftliche Charakter das Gemeinschaftsleben der Völker im hohen Grade beeinflusst. Wo auf allen Gebieten das Privatigentum sich ausbreitete, das Bestehen geltend machte, so auch in der Geschichte der gesamten Ehe- und Familienlebens. Auch die rechtliche Stellung der Frau war im Wechsel der Zeiten sehr verschieden. Bei den Völkern auf einer niedrigen Kulturstufe war sie meistens nur Arbeitsobjekt. Nach Abschaffung der Familie, nach Einführung des Ackerbaues erst kam auch die Frau nach und nach zur allmählichen Gleichberechtigung. Als Resultate der Ausübungen kann festgehalten werden, daß von einem Idealzustand der Ehe- und Familienlebens erst dann die Rede sein kann, wenn durch Befreiung der Massen gegenüber alle Hindernisse einer weichen Vermögenslage hinweggeräumt sind. An dieser Befreiung sind Arbeiter und Intellektuelle gleich interessiert. Die Ausführungen des Referenten fanden dankbare Aufnahme. In der Diskussion nahmen die Kollegen Jenz, Schmäper, Kirch und Winter das Wort, um einerseits die Gedankengänge namhafter Sozialisten wie Engels, Bebel u. a. an dieser Materie zu kennzeichnen, andererseits um die heutigen Zustände unter die kritische Lupe zu nehmen. In keinem Schlusswort sagte der Referent alles Besagte nochmals zusammen und prägte den Satz: Die Einzelehe wird auch in Zukunft als Merkmal im Leben der Völker sich behaupten können, die Hindernisse und Fesseln der verschiedenen Art müssen allerdings verdrängt werden. — Kollege Schneider gab darauf noch einige wichtige Mitteilungen zur Kenntnis. Den Vortragsergebnen wurde eine Erörterung ihrer Vergütung bewilligt, die ab 1. Januar 1920 in Kraft tritt.

Mainz. Nachdem die meisten deutschen Städte Tarifverträge abgeschlossen haben, ist Mainz nun auch erfolgt. Bereits im April war die Stadtverwaltung bereit, einen Tarifvertrag abzuschließen, wenn die Arbeiter auf die bisher gewährte soziale Fürsorge verzichten könnten. Dem wollten die Arbeiter unter keinen Umständen zustimmen. Nachdem die „Gewerkschaft“ im besetzten Gebiete wieder zugelassen war und die Ortsverwaltung die Richtlinien erhalten hatte, war es möglich, geflüht auf das vorhandene Material, einen Tarifvertrag der Stadtverwaltung am 21. Juli d. J. zu unterbreiten. Die Stadtverwaltung konnte sich mit unseren Forderungen nur schwer abfinden. Die Länge der Verhandlungsdauer bewies, mit welchen Schwierigkeiten die Ortsverwaltung zu kämpfen hatte, um zu einem betrieblichen Abbruch zu kommen. Mehrmals drohte die Geduld der Arbeiter zu reizen. Nur den unermüdeten Ermahnungen der aus der Ortsverwaltung und den Ausschussvorsitzenden bestehenden Verhandlungskommission war es zu danken, daß übereille Schritte von den Arbeitern unterblieben. In Anbetracht des Streikverbotes, das im Gegensatz zur Privatindustrie für die städtische Arbeiterschaft noch besteht, mußte die Lohnkommission doppelt vorsichtig sein, um die Arbeiter nicht von dem für sie verhängnisvollen Schritte abzuhalten. Als positiver Erfolg konnte die Ortsverwaltung die Wahl ihres Ortsbeamten zum Stadt-

bezornten Buchen, wie überhaupt der Ausganga der Stadtratswahlen auf den Abschluß des Tarifvertrages eingewirkt haben dürfte. Die gesamte Arbeiterschaft war der Meinung, daß die städtische Verwaltung das von der Besatzungsbehörde ausgesprochene Streikverbot benütze, um den Tarifabschluß möglichst lange hinauszuziehen. Der nun erfolgte Abbruch ist deshalb doppelt hoch einzuschätzen. — In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am 3. Dezember brachte Kollege Funtke den Tarifvertrag zur Verlesung. Daraus ist zu entnehmen, daß der Vertrag gilt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie nicht unter das Versicherungsgesetz für Angestellte fallen oder Beamteneigenschaft besitzen. Er gilt ferner nicht für 1. die nur stundenweise beschäftigten Personen sowie die Kartefrauen in den Bedürfnisanstalten, 2. die Notstandsarbeiter, 3. Personen, die aus Gründen der öffentlichen Armenpflege beschäftigt werden, 4. das Haus- und Pflegepersonal in den städtischen Kranken-, Invaliden- und Waisenhäusern, 5. für die im Betrieb des Bindhäuser Hofes und die rein landwirtschaftlich beschäftigten Arbeiter, 6. die Monatslohnempfänger. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt für Schichtarbeiter 56, für die übrigen Arbeiter 48 Stunden. Jeder Arbeiter hat nach Ablauf des ersten Dienstjahres Anspruch auf einen Erholungsurlaub. Dieser beträgt: nach dem 1. Dienstjahre 3 Werktage, nach dem 2. Dienstjahre 4 Werktage, nach dem 5. Dienstjahre 1 Kalenderwoche, nach dem 10. Dienstjahre 2 Kalenderwochen und nach dem 15. Dienstjahre 3 Kalenderwochen, falls der Arbeiter das 40. Lebensjahr zurückgelegt hat. Eine Verletzung des einem Arbeiter nach den vorherigen Bestimmungen etwa zustehenden längeren Erholungsurlaubs darf nicht stattfinden. Der Erholungsurlaub wird jedoch nur unter der Bedingung erteilt, daß a) um die Erteilung des Urlaubs durch Vermittlung der vorerwähnten Dienststelle frühzeitig nachgesucht wird und b) der Urlaub lediglich zur Erholung benutzt und anderweitige Erwerbsarbeit während dieser Zeit unterlassen wird. Wenn dienstliche Gründe es notwendig machen, kann der Urlaub geteilt bewilligt werden. Diese Teilung kann auch auf Wunsch der Arbeiter eintreten, falls dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. — Die Lohnstafel sieht folgendermaßen aus: Gruppe A: Mehrere Arbeiter. 1. Lohnklasse. Oberste, Obermaschinisten, Obermonteure, Kranführer der Greifkränen, Werkstoffmann, Referent-Lochmoßführer, Obergärtnergehilfen. 195—220 M. pro Woche. 2. Lohnklasse. (Maschinen, Feiger, Schiffer, Handwerker aller Berufsgruppen, sofern sie in ihrem Beruf tätig sind, Vorarbeiter der Gleisbauarbeiter, Kraftwagenführer mit Maschinenausbildung.) 185—210 M. Gruppe B. Oberste der Ofenhäuserarbeiter. 195—220 M. Ofenhäuserarbeiter 185—210 M. Gruppe C: Ungelernte Arbeiter. 1. Lohnklasse. (Hilfshandwerker, Feiger und Hilfsfeiger, Kraftfahrer ohne Maschinenausbildung, Schichtführer, Klempner, 1. Desinfektoren, Kranführer, Brückenwärter, Schleife, Ankleiter, Manierier, Epitranzierer, Baumknecht, Anlage- und Friedhofshilfen, Kammerl. und Wasserstoffgasarbeiter, Stallwärter und Stallarbeiter, wenn sie Anbrücker sind, Arbeiter im Garten, Wohnungsunterhaltungs-Vorarbeiter.) 170—195 M. 2. Lohnklasse. (Oberarbeiter des Gas- und Elektrizitätswerts sowie des Krankenhauses, Schiffsentwässer des Gas- und Elektrizitätswerts, Kassettenentwerfer, Bohrmesser- und Fäherableger, Bureauarbeiter, Galvanarbeiter, Totengräber, Einfläster, und Hausunterhaltungsreiner, Kanalreiner, Latrinenarbeiter, Stallarbeiter, Gleisbauarbeiter, Brückenwärter, Wagenführer, Vorarbeiter der ungelerten Arbeiter der Lohnklasse 3, Klempner II, Holzschleiferarbeiter, Wohnungsunterhaltungsarbeiter, Reichensmischer der Hafenbahn, Fremdmänner der Hafenbahn.) 165—190 M. 3. Lohnklasse. (Straßenkehrer, Wagenreiner, Tagelöhner, soweit sie nicht in der 1. und 2. Lohnklasse enthalten sind, Klempner III, Baternenwärter.) 160—185 M. Gruppe D. (Arbeiterinnen) 95—120 M. Die vorstehenden Lohnsätze sind unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lernerung festgesetzt. Diese Lohnstafel tritt mit dem Tarifvertrag am 4. Januar 1920 in Kraft. Sie hat Gültigkeit bis zum 31. März 1920 und läuft stillschweigend ein Vierteljahr weiter, wenn sie nicht spätestens einen Monat vor ihrem Ablauf gekündigt wird. — Nachdem der Ortsbeamte Hermann die finanzielle Situation gegenüber dem bisherigen Lohnsystem eingehend dargestellt hatte, wurde der gesamte Tarifvertrag und die Lohnstafel gegen eine Stimme angenommen. — Der von der Ortsverwaltung beantragten Vertragsverhandlung und der Einstellung einer weiblichen Hilfskraft stimmte die Versammlung zu.

Stuttgart. In der Mitgliederversammlung am 19. Dezember gab Kollege Engelhardt Bericht über die Grundzüge der jetzt endgültig beschlossenen Beschäftigungszulage. Hervorzuheben ist, daß nach den jetzigen Bestimmungen Kollegen, die bis zum 1. Oktober 1919 aus dem Wehrdienst entlassen wurden und dann in den städtischen Dienst traten, auch wenn sie früher nicht bei der Stadt beschäftigt waren, die Zulage im vollen Betrage erhalten. Weiter erhalten die Frauen und Kinder der noch in Kriegsgefangenschaft sich befindenden Kollegen drei Viertel der Zuschläge. — Abgem. wurde zur Kündigung des am 1. April 1920 ablaufenden Tarifver-

nehmen in die Bilanz, und Ely und Etienne haben in den Verwaltungskörpern bei Aktiengesellschaften, größeren Gesellschaften mit beschränkter Haftung, ferner in gemeinwirtschaftlichen Anstalten und Gesellschaften mit gemeinwirtschaftlichem Charakter. Die Gewerkschaften sollen auch durch Beiträge, Einrichtung von Betriebsratschulen, Forderung in der Presse und durch Betriebsratelieferungen zur Aus- und Weiterbildung der Betriebsräte für die ihnen zugewiesenen Aufgaben sorgen. Es werden dann weiter verlangt: Einigungsämter und Arbeiterkammern. Im zweiten Teil der Resolution wird an der Forderung festgehalten, den Anblick Deutschlands an die Deutsche Republik zu erziehen. Die Arbeiter werden verpflichtet, am Wiederaufbau der Volkswirtschaft mit ganzer Kraft mitzuwirken; die Gewerkschaften aber haben dafür einzutreten, daß den Arbeitern ein ausreichender Lohn wird. Nur Forderung der Baute wird u. a. eine tiefgreifende Vermögensabgabe verlangt. — Das letzte Referat über „Ernährung der Arbeiter“ hielt R. Eidersch, der im Verein mit der Genossin Freundlich erschlatternde Bilder von der ökonomischen Lebensmittellage gab. In der beschlossenen Resolution verlangt der Kongress von der Entente eine Hilfsaktion, von der österreichischen Bauernschaft volle Einhaltung der Arbeitslosenpflicht. Außerdem begrüßt die Resolution die von Deutschland beabsichtigte Hilfsbereitschaft. — Mit Ausnahme der Genossen Kader und Müller, für die Weigl und Wessely eintraten, wurde die bisherige Gewerkschaftskommission wiedergewählt. Drei ihrer Mitglieder, Quobez, Anna Vojšek und Kader, feierten am 2. Dezember ihr 25jähriges Jubiläum als Angehörige der Gewerkschaftskommission.

• Rudolphau •

Was ist die Mark wert? Dr. R. Kucanowski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, sprach in seiner „Anhangspolitischen Korrespondenz“ über die Frage, was die Mark wert sei. Die Antwort erweist sich sehr einfach. Jeht einmal 1000 Mark in Schweden 10 Kronen, in England 11 Schilling, in Amerika 24 Dollar. Aber ist die Mark auch im Inland nur 10 Pfennig wert? Diese Frage ist weit schwerer zu beantworten. Soweit eingeführte Waren in Betracht kommen, wird man jetzt für 1 Mark viel weniger erhalten als früher für 10 Pfennig, denn auch im Ausland ist alles teurer geworden. Und selbst beim Kauf von einzelnen heimischen Waren, wie Getreide, Riegen, Eiern, Wäsche usw., reicht man heute mit 100 Mark längst nicht so weit wie früher mit 10 Mark. Aber die Gegenbeispiele sind doch erheblich zahlreicher. Vieles bekommt man für 1 M. noch ebenfalls wie früher für 25, 30, 35 Pf. Nach längeren Vorlesungen kommt Dr. Kucanowski zu dem Ergebnis, daß bei der Ernährungs des durchschnittlichen Arbeiters die Mark heute nicht weiter reicht als früher 15 Pf. Am stärksten Rücksicht gilt das für die Kleidung. Denn ein nur sicherer so teures Kleidungsstück hält heute vielleicht nur halb so lange wie vor dem Kriege, und der Arbeiter ist nicht in der glücklichen Lage wie der Wohlhabende, der mit mehr und dauerhafteren Kleidungsstücken in den Krieg gezogen war und wozu weniger an Reparationsleistungen gezwungen ist. Kupfer der Gewerkschaften ist es, nicht zu ruhen, bis der Kollaps sich den Friedensverhältnissen halbwegs abt wieder anpaßt.

Ueber die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse urteilen die preussischen Gewerbaufsichtsbeamten der „Sozialen Praxis“ (1919, Nr. 10) zufolge sehr günstig. Die Tätigkeit der Ausschüsse lag besonders auf dem Gebiete der Lohnfestsetzung, der Arbeitszeit und der Verteilung von Lebensmittelaufgaben. Ein besonders gezeichnetes Feld der Tätigkeit, so heißt es, war die Mitwirkung an der Verteilung der Lebensmittel. Vereinzelt beteiligten sich die Ausschüsse auch an der Festsetzung von einmündigen Feuerungs- und Familienzulagen an die Arbeiter. Sie wurden dabei über die Bedürfnisse, die Größe der Familie und die Würdigkeit der einzelnen Beschäftigtenmitglieder zumächst gebört.

Der kleine Eigenbau als Helfer in der Wohnungsnot. Es ist eine schon oft betonte, aber immer noch keineswegs genügend beachtete Tatsache, daß gegenüber der unabweisbaren Wohnungsnot sehr der Eigenbau des Winderwerbenden eines der allerbesten Hilfsmittel ist. In den breiten Schichten unseres Volkes steht eine große Mehrheit noch einer eigenen Scholle. Solche Familien sind bereit, wenn es sich nur um kleine Eigenhäuser für sie selber handelt, mit geringen öffentlichen Mitteln zu bauen. Ebenso sind sie bereit, durch eigene Mitarbeit und ständige persönliche Mitwirkung das schnelle und gute Zustandekommen der Bauten wirksam zu fördern. Hier können auch unter den jetzigen bedrückten Verhältnissen erhebliche Möglichkeiten des Bauens vor. Diese Gedanken finden erneut eine wertvolle praktische Vertiefung durch die Erfahrungen, die in der jetzt ablaufenden Bauperiode des Jahres 1919 in dem nächsten Vorortfreizeit von Berlin, im Kreise Niederbarnim, gemacht worden sind. In der Zeitschrift „Die Volkswirtschaft“ vom 24. November 1919 (Verlag Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin) wird darüber berichtet. Am Kreise Niederbarnim ist, um die Förderung der Baukäuferei möglich zu machen und wirksam zu gestalten, schon im November 1918 eine besondere Siedlungsgesellschaft vom Kreise

aus ins Leben gerufen worden, deren leitender Architekt zugleich die Bauberatung des Kreises ausübt. Mit Hilfe dieser Siedlungsgesellschaft ist es gelungen, in der eben abgelaufenen Bauperiode eine, an den jetzigen Verhältnissen gemessen, recht bedeutende Bautätigkeit zu erzielen. Es ist aber besonders bemerkenswert, daß über die Hälfte der errichteten Wohnungen nicht auf größere geschlossene Bauunternehmungen entfällt, sondern auf die Kleinbauten einzelner Bauherren, die ebenfalls planmäßig gefördert wurden. Von den 1919 endgültig beziehbar fertig werdenden Wohnungen fällt sogar die ganze überwiegende Hauptmasse auf diese kleinen Einzelbauten. Ein deutliches Zeichen dafür, welche Erfolge der Eifer des einzelnen kleinen Bauenden für sein eigenes Unternehmen zu erzielen vermag. Dabei ist — und das ist eigentlich das Allerbemerkenswerteste — bei diesen kleinen Eigenbauten darauf verzichtet worden, Bauzuschüsse in der Höhe der vollen Übersteuerung zu geben, es wurde vielmehr nur eine allerdings beträchtliche Zuschußprämie gewährt. Auf diese Weise ist es gelungen, in solchen kleinen Einzelbauten 533 Wohnungen mit rund vier und einer halben Million Mark Zuschuß zu errichten. Die Findigkeit, der Eifer und der Arbeitslust dieser kleinen Bauherren erwiesen sich auch hier als ungemein förderlich und erleichterten auch die Beschaffung der Baumaterialien. Allerdings wurde im Interesse dieser Beschaffung von Baumaterialien die Bauweise auch den örtlichen Verhältnissen angepaßt. Von Interesse sind noch einige Einzelheiten. Bei den Bauten herrschte stark der Wunsch, mehr als eine Wohnung in dem einzelnen Hause anzulegen, namentlich, um noch Verwandte mit unterbringen zu können. Ferner ist wichtig, daß wohl das ganze Werk weiters nicht so gelungen wäre, wenn nicht eine ständige Beratung und Beeinflussung der einzelnen Bauherren durch den Leiter der Siedlungsgesellschaft und Bauberatungsstelle stattgefunden hätte. Die Gewährung finanzieller Zuschüsse wurde dabei davon abhängig gemacht, daß sich der Bauende bei Ausarbeitung und Durchführung seines Bauvorhabens den Vorschriften der Bauberatungsstelle unterwirft. Die Förderung der Einzelbauten ist auch ein vorzügliches Mittel, die für die Landwirtschaft so dringend notwendigen Arbeitskräfte auf das platte Land zu ziehen. Der oben angegebene Bericht sagt, es fänden auf dem Lande Bausparierungen und Landverkäufe in außerordentlich großem, der Bauaufsichtigung kaum unterworfenem Umfange statt. Für die landwirtschaftlichen neuen Besitzer, meist Arbeiter, die sich etwas erspart hätten, könne zunächst das Einkommen des sogenannten Kernbaues genügen, wonach fürs erste nur eine Stube und eine kleine Küche geschaffen würden, die später, wenn es zum Bau eines eigentlichen Wohnhauses komme, als Stall und Wirtschaftliche Verwendung finden könnten. Man wird in der kommenden Bauperiode diese Niederbarnimer Erfahrungen ernstlich beachten und die Kraft des kleinen, nach einem Eigenheim trachtenden Mannes noch weit mehr als bisher für die Bekämpfung der gegenwärtigen Wohnungsnot einspannen müssen. Um diese Kraft richtig nutzbar zu machen, bedarf es aber wirksamer Betreuung von allen irgendwie erheblichen öffentlich-rechtlichen Hemmnissen und Vereinerungen solcher Bautätigkeit, sowie ferner, wie nach den Niederbarnimer Erfahrungen anzunehmen ist, der ständigen beratenden Hilfe eines erfahrenen Architekten, und — unter den gegenwärtigen Umständen — natürlich auch der Gewährung gewisser finanzieller Zuschüsse. Aufgabe der Gemeinden ist es, dieser Bestrebungen in jeder Weise ihre Förderung anzuwenden zu lassen.

Tuberkulose, Krieg und Notlage. Ueber dieses Thema schreibt Professor Hübschmann in „Reclams Universalium“, Heft 4 (Verlag von Philipp Reclam jun. in Leipzig, Jede Woche ein Heft für 75 Pf.). Er führt u. a. aus: „Wenn wir auf die vergangenen Jahrzehnte zurückblicken, so können wir sehen, daß die Tuberkuloseerbschaft in den Jahren 1875 bis 1890 immer annähernd dieselbe war, von da an ist dank den systematischen Bekämpfungsmahnmahnen ein starker Rückgang festzustellen, so zwar, daß in den Jahren vor dem Kriege jährlich etwa 100 000 Menschen weniger an Tuberkulose starben als 20 Jahre früher. Noch anschaulicher drückt sich das in den Verhältniszahlen aus, da gerade in jenen Jahren bekanntlich die Bevölkerung eine sehr beträchtliche Zunahme aufwies. So starben in den achtziger Jahren auf 10 000 Lebende jährlich 320 bis 325, im Jahre 1913 nur 137 an Tuberkulose. Wie stehen die Dinge dagegen heute? — Die folgenden Zahlen entnehmen wir zum Teil den Verhandlungen des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, zum Teil den Verhandlungen der Vereinigten Berliner Medizinischen Gesellschaften, zum Teil einem Vortrag Bürger's in der Leipziger Medizinischen Gesellschaft. Der Gesamtzahlen für ganz Deutschland liegen wohl noch nicht vor. Das ist aber für die Beurteilung der ganzen Frage ohne belang. Denn nach sich an einer Stelle feststellen läßt, wiederholt sich mit unbedeutenden Verschiebungen an allen Orten und in der Gesamtheit. Hier einige Zahlen. Es starben in Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern an Tuberkulose im Jahre 1913 40 371, im ersten Halbjahre 1918 41 800. Wenn man dazu auch sagen muß, daß die Sterblichkeit durchschnittlich in den ersten sechs Monaten des Jahres höher ist als im zweiten Halbjahr, so wurde nach Abzug dieser Differenz immer noch eine Erhöhung der Sterblichkeit auf fast das Doppelte in fünf Jahren ersichtlich sein. Ähnlich liegen die Verhältnisse für Berlin allein. Dort hat man in den Jahren 1913 bis 1916 jährlich durchschnittlich 5375 Tuberkuloseerbstfälle, im Jahre 1917 5046, was bei Berücksichtigung des Bevölkerungsrückganges eine Ver-

mehrung um fast das Doppelte bedeutet. Für ganz Preußen sind die Zahlen auch schlimm genug. Dort starben im Jahre 1918 56 588 Personen an Tuberkulose, im Jahre 1917 86 217. Nun könnte diese Zunahme auf der Erhöhung der Gesamtsterblichkeit beruhen. Das ist aber nicht der Fall. Die Tuberkulose spielt vielmehr eine ganz besonders schlimme Rolle. Die Tuberkulosesterblichkeit ist unter dem Einfluß des Krieges und der Epidemie bedeutend stärker gestiegen als die Gesamtsterblichkeit. Das mögen die Verhältnisse in Leipzig illustrieren. Der kleinen Tabelle liegen nur die Zahlen für die weibliche Bevölkerung zugrunde. Es lassen sich die Verhältnisse darin viel klarer beurteilen, da ja der vorhandene Bevölkerungsrückgang vorwiegend die männliche Bevölkerung betrifft. In den ersten drei Monaten der Jahre 1912 bis 1919 starben von der weiblichen Bevölkerung Leipzigs:

	im ganzen	an Lungentuberkulose	im ganzen	an Lungentuberkulose
1912 . . .	971	116	1058	146
1913 . . .	980	112	1917	182
1914 . . .	1092	112	1919	190
1915 . . .	1069	118	1919	281

Diese Zahlen reden eine berechte Sprache. Wir haben von 1912 bis 1919 eine Erhöhung der Gesamtsterblichkeit um etwa 87 Proz. (1917 sogar 48 Proz.). Die Erhöhung der Gesamtsterblichkeit soll hier aber nicht weiter in Betracht gezogen werden. Es kommen für sie natürlich im Grunde genommen ganz dieselben Einflüsse in Betracht wie für die Tuberkulosevermehrung. Ein leichtes Steigen der Zahlen zeigt sich schon in den ersten Kriegsjahren. Erst 1917 (Kohlrübenwinter!) schnellte die Zahl stärker in die Höhe. Der geringe Rückgang für 1919 fällt leider nicht sehr ins Gewicht. Er ist teils durch die Abwanderung, teils dadurch zu erklären, daß gewisse Kategorien von Kranken eben schon so stark dezimiert sind, daß ihre Sterblichkeit nicht mehr anwachsen kann. Für die Tuberkulose zeigt sich jedenfalls eine viel schnellere Vermehrung der Sterblichkeit, die 1917 schon etwa 60 Proz. erreicht. Die erschreckenden Folgen der Ausbreitung zeigen sich aber ganz klar erst 1918 und 1919 mit einer Vermehrung von 100 bis 140 Proz. In anderen größeren Städten haben die Dinge genau ebenso. — Alle Kräfte von Reich, Staat und Gemeinden müssen in den Dienst der weitverbreiteten Sozialpolitik gestellt werden, um der weiter wachsenden Verbreitung des schlimmsten Menstlichenübles, genannt Tuberkulose, Einhalt zu tun. Der gewerkschaftliche Kampf erreicht hier schon viel. Es ist daher oberstes Gesetz aller Lohnarbeiter, Mitglieder ihrer autonomen Gewerkschaften zu werden und diese für alle Kämpfe stark zu machen.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Der Vorsteher für Gemeinde- und Staatsarbeiter 1920, herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 13. Jahrgang. Preis 2,50 M., für Mitglieder 2 M. Aus dem Inhalt geben wir wieder: Kalenderium 1919, Kalender 1920, Kalenderium 1921, Planetensystem der Sonne, Zimmerwörterbuch Kalender, Geschichtsfelder unseres Verbandes Tageskalender, Fortsätze und Postgebühren, Maße und Gewichte, Medizinische Fachausdrücke, Leitwort von H. Ledermann, Programm des Verbandes, Unsere Organisation im Jahresabre 1919, Tariffrage der Arbeiter in gemeinnützigen Betrieben, Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Vom Sozialisieren, von Arbeitssekretär Hermann Müller usw.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Frauen. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Viertes 3. Einzelnummern 30 Pf. Im Abonnement monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M. Die Nummern 42/43 enthalten folgende Artikel: Die neuen Frauenvereinsstatuten von Dr. Giffa — Revolution des Weibes (Carl Diebel), Frauenverhalten des 19. Jahrhunderts (Anna Bloß), Rechtsstellung des unehelichen Kindes (Eile Jaquet), Das Interesse der Allgemeinheit an der Ausbildung des Pflege- und Heberpersonals usw. (G. Kemmer). Außerdem die Kinderkellerei.

Das Rätselrätsel. Zwei Vorträge zur Einführung in den Rätselroman von Hugo Zinsheimer. Mitteil der Nationalversammlung 48 Seiten. Buchausgabe 1,50 M., Vereinsausgabe 70 Pfennig. Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abt. Buchhandlung, Frankfurt a. M.

Deutsche Sozialgeschichte vornehmlich der jüngsten Zeit, gemeinverständlich dargestellt von E. Stüger, Geh. Studienrat Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage. Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses in Halle a. d. S. 1920. 10 Mf.

Die Verfassung des Deutschen Reiches. Kurze übersichtliche Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen für Beamte, Lehrer und Schüler. Verlag Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen. 15 S. gr. 8°. Preis 50 Pf. und der oekonomischen Buchhandlung des Fortimerters.

Verdienstprüfung und Berufshilfeprüfung. Eine Geldsammelzettel für die deutsche Volkswirtschaft. Von Professor Dr. Georg Jahn. Preis 2 Mf. Bei Bezug einer größeren Anzahl von Exemplaren tritt Preisermäßigung ein. Leonhard Simon Hof, Verlagsbuchhandlung, Berlin S. 67, Nikolstr. 56.

Das **Gaubureau Mannheim**
besteht seit ab 1. Januar 1920
Mollstraße 8.

Für die **Filliale**
Quisburg, Sochum und Münster
wird je ein
Ortsbeamter
gesucht. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft, in schriftlichen Arbeiten gewandt, rednerisch und zur Führung der Kassengeschäfte befähigt sein. Den Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebenslauf, sowie eine Arbeit über die Ausgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des 8. Verbandstages. Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ und für welchen Ort bis spätestens 15. Januar an die Geschäftsleitung in Düsseldorf, Wallstr. 10 I, zu richten.

Filliale Breslau
sucht zum sofortigen Eintritt einen
Ortsbeamten.

Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft, schriftlich gewandt und rednerisch veranlagt sein.
Berner einen
ersten Bevollmächtigten,
es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert, welche längere Zeit in ähnlichen Stellungen war und diesen Vollen voll und ganz versehen kann. Dienstjahre kommen in Anrechnung. Anstellungsbedingungen nach den Beschlüssen des Münchberger Verbandstages. Die Zustellen müssen den Vermerk tragen: „Bevollmächtigter“ oder „Ortsbeamter“ und sind an O. Schulze, Breslau I, Margaretenstr. 17, zu richten.

Filliale Rüstingen
sucht zum sofortigen Eintritt einen
Ortsbeamten.

Bewerber müssen drei Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft sein, in schriftlichen Arbeiten gewandt, rednerisch und zur Führung der Kassengeschäfte befähigt sein. Den Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebenslauf sowie eine Arbeit über die Ausgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen. Bewerbungen mit Gehaltsforderungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 15. Januar 1920 an das Bureau des Gewerkschafts- und Staatsarbeiterverbandes, Rüstingen, Veterin. 78, einzuzulassen.

Colenliste des Verbandes.

Gustav Berger, Berlin † 21. 12. 1919, 50 Jahre alt.	Anna Müller, Breslau Arbeiterin † 7. 12. 1919, 57 Jahre alt.
Georg Birkmann, Rürnberg Vereinsamateur † 12. 12. 1919, 56 Jahre alt.	Margit Nauquaks, Stettin Bewerberin † 8. 12. 1919, 52 Jahre alt.
Leo Dejeis, Krefeld Stadt-Arbeiter †	Hedwig Ferich, Düsseldorf Stadt-Arbeiterin † 10. 12. 1919, 29 Jahre alt.
Johann Dietz, Düsseldorf Stadt-Arbeiter † 15. 11. 1919, 52 Jahre alt.	Karl Petermann, Dresden Arbeiter † 11. 12. 1919, 73 Jahre alt.
Max Citer, Berlin † 11. 12. 1919, 17 Jahre alt.	Julius Pini, Neudamm † 16. 12. 1919, 71 Jahre alt.
Karl Genz, Dahlem † 13. 12. 1919, 61 Jahre alt.	Wilhelm Reimer, Zepernich † 13. 12. 1919, 55 Jahre alt.
Bertha Hofmann, Breslau Arbeiterin † 13. 12. 1919, 22 Jahre alt.	Joseph Rieger, Rolenheim Land-Heimwerker † 16. 12. 1919, 28 Jahre alt.
Joseph Humia, Schenkendorf † 2. 11. 1919	Gottlieb Rydiger, Spandau Arbeiter † 19. 12. 1919, 55 Jahre alt.
Martha Koppe, Berlin † 8. 12. 1919, 16 Jahre alt.	Friedrich Schwarz, Cottbus Arbeiter † 17. 11. 1919, 61 Jahre alt.
Hermann Krüger, Rostock Arbeiter † 20. 12. 1919, 30 Jahre alt.	Marie Seylarth, Jena Arbeiterin † 27. 9. 1919, 25 Jahre alt.
Friedrich Candrat, Jena Arbeiter † 16. 10. 1919, 79 Jahre alt.	Joseph Stiefel, Fagen i. W. Arbeiter † 20. 10. 1919, 63 Jahre alt.
Johann Canabehnrich, Werdau Arbeiter † 7. 12. 1919, 63 Jahre alt.	

(Ehre ihrem Andenken!)